



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl.
Vor 2 Thlr. 11½ Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer
zweitzähligen Zeile in Beiträgen 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 394. Morgen-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 25. August 1866.

Abonnement für September.

Der Abonnementpreis für diesen Monat beträgt in Breslau 22½ Sgr., auswärts inclusive des Porto zuschlags 1 Thlr. 3½ Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Dicjenigen, welche dieses neue Abonnement benötigen wollen, den Betrag von 1 Thlr. 3½ Sgr. **Direct und franc** an uns einzusenden, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 25. August 1866.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Der Gesetzentwurf über die Anleihe.

Noch niemals hat ein Heer binnen einer Woche so viele Siege errungen, wie das preußische; noch niemals hat eine Volksvertretung binnen einer Woche so enorme Summen bewilligt, wie die preußische in der nächsten Woche bewilligen wird. Auswärtige und Finanz-Politik werden in demselben großartigen Stile betrieben. Auch in unserer Finanzverwaltung kommt ein Zug grobmächtlicher Politik.

Zunächst wird in Form der Indemnitätsertheilung eine Summe von fast 500 Millionen gefordert, dann für das laufende Jahr die Bevollmächtigung von 154 Millionen, endlich eine Anleihe von 60 Millionen. Die Indemnität für die Herausgabe der 500 Millionen versteht sich, wenn einmal ein Schleier über die Vergangenheit gelegt werden soll, von selbst. Wir halten deshalb eine Specialprüfung, wie sie in den Beschlüssen der Budgetcommission nach Vorlegung der Jahresrechnungen für die Jahre von 1862 bis eingeschlossen 1865 in Aussicht genommen ist, für überflüssig. Der Art. 2 in dem Amendment Zweiten erscheint uns sogar bedenklich, weil er später als Präjudiz für einen Versuch dienen könnte, den Staatshaushalt-Etat durch die Jahresrechnungen zu ersezten. Die Oberrechnenkammer wird die Specialprüfungen schon genauer besorgen, als das Abgeordnetenhaus mit Hilfe des ihm zu Gebote stehenden Materials im Stande ist. Erheilt der Landtag einmal Indemnität, so thut er am besten, die nachträgliche Bewilligung in Bausch und Bogen auszusprechen.

Dasselbe muß in Bezug auf den diesjährigen Etat geschehen. Ehe man eine Specialprüfung beendet hätte, wären neun Monate des Jahres vergangen, der Etat hätte demnach nur für ein Vierteljahr Geltung, noch dazu ein Vierteljahr, in dem die eben volszogene Erweiterung der Staatsgrenzen einem zuverlässigen Überschlag über Einnahmen und Ausgaben unmöglich macht.

Dagegen wird die Forderung der **Sechzig-Millionen-Anleihe** wahrscheinlich derselben gewissenhaften Prüfung unterzogen werden, die vom Abgeordnetenhaus bis jetzt allen finanziellen Vorlagen zugewandt ist, und zu manichfachen Bedenken Anlaß geben.

Ob die Anleihe überhaupt nötig ist, soll noch erwiesen werden. Bei Einbringung der Vorlage wurde diese durch den Hinweis auf die damals von Frankreich her drohende Kriegsgefahr motivirt. Das Motiv fällt jetzt fort; für dieses Jahr ist ein neuer Krieg nicht zu befürchten. Allerdings sind durch den erhöhten Heeresbestand und die Occupation zahlreicher Landesteile noch bedeutende Mehrausgaben nötig. Dagegen hat die Regierung noch für etwa 3 Millionen Steuer-Credit-Beweis und für 15 Millionen Thlr. Effekten vorräthig. Sie löst ferner aus dem Verkaufe der westfälischen Eisenbahn 15 Millionen, will noch andere Staatsaktivitäten (Osbahn? saarbrücker Kohlenwerke?) veräußern und nimmt während der nächsten Wochen an Kriegskosten-Entschädigung wenigstens 80 Millionen Thaler ein. Es stehen ihr also, außer den laufenden Einnahmen, noch vielleicht 120 Millionen Thaler zur Verfügung, also eine zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben vollständig ausreichende Summe. Wie unter solchen Verhältnissen eine Anleihe von 60 Mill. nötig sein soll, läßt sich nicht begreifen. Allerdings soll der Credit nur ein eventueller sein; er soll nur ausgenutzt werden, wenn wirkliche Geldnot eintritt. Aber wozu eine Vollmacht aussstellen für einen Fall, dessen Eintritt bei Einbringung der Vorlage unwahrscheinlich war, jetzt aber undenkbar ist?

Auch gegen die Aufbringung durch verzinsliche Schatzscheine werden Bedenken laut werden. Diese Geldzeichen sind auf den preußischen Geldmärkten etwas Neues; ehe ihre Einbürgung erfolgt, ist eine sorgsame Gewichtung des Für und Wider nötig. Das Beispiel von England und Frankreich ist kein Grund zur Nachahmung. Die englische Schuldenlast hat für uns nichts Verlockendes, und von einer Nachahmung der französischen Finanzverwaltung sind wir zu unserem Glück bis jetzt verschont geblieben.

In den Motiven des Gesetzentwurfs wird zu Gunsten der neuen Papiere gesagt: „Die Bestimmung des Zinsfußes würde bei jeder Emission unter Berücksichtigung des dermaligen Zinsfußes erfolgen: ein Heraufgehen des Zinsfußes würde mithin bei jeder neuen Ausgabe zum Vortheil der Staatskasse nutzbar gemacht werden können.“ — „Doch umgekehrt“, läßt sich darauf erwiedern. Ein Steigen des Zinsfußes würde bei der jeweilsmaligen Ausgabe Nachtheile für die Staatskasse herbeiführen. Die Aufnahme von Geldern soll doch eben nur im Falle des dringenden Bedürfnisses erfolgen; die Regierung kann also mit der Herausgabe der Schatzscheine nicht warten, bis der Zinsfuß ein niedriger wird. Eben so wenig kann sie, wenn sie kein Geld braucht, nicht um des niedrigen Zinsfußes willen Schatzscheine ausgeben. Da letztere ein ganz neues Geldzeichen bilden, dringen sie zunächst nicht in den kleinen Verkehr, sondern werden nur von großen kaufmännischen Firmen angenommen, die auf den Zinsfuß einen Druck zu Gunsten ihrer Spekulation ausüben können. Weit gerathener erscheint uns die Ausgabe einer freiwilligen, den kleinen Kapitalisten zugänglichen Anleihe, auf welche die Spekulation nicht im gleichen Maße influiert.

Ein zweites Motto für die Schatzscheine fand Herr v. d. Heydt in der verhältnismäßig kurzen Versfassung der Scheine. „Einen zeitweiligen Bedarf durch eine Anleihe zu decken, deren Rückzahlung im Wege der Amortisation einer entfernteren Zukunft vorbehalten bleibt, erscheint nicht zweckmäßig.“ — Doch wer hindert die Finanzverwaltung an einer beschleunigten Amortisation, wenn sie's etwa nicht selbst durch die Fassung des Gesetzentwurfs thut? Und letzter hält ausdrücklich die Möglichkeit einer schnelleren Einlösung der Obligationen offen.

Das schwerste Bedenken aber richtet sich gegen die Verwendung

der aufzunehmenden Gelder. Natürlich ist Federmann damit zufrieden, daß die für die Naturalleistungen ausgestellten Bons eingelöst, der durch Wiedergewährung der Steuercredite entstehende Ausfall an Einnahmen ersezt, der Bestand der General-Staatskasse wieder hergestellt werde. Anderer sieht es mit dem Erfase der aus dem Staatschase entnommenen 22 Millionen. In einer Zeit, wo der Bauer seine harten Thaler nicht mehr im Strumpfe ansammelt, sie auch nicht in der Erde vergräbt, sondern zinsbar anlegt, läßt sich einmal das Ansammeln von todttem Kapital nicht begreifen. Umso weniger, als wir das Kapital noch extra leihen, also jährlich 1 Mill. Thaler für dasselbe an Zinsen zahlen müssen.

„Wenn je“, sagte der Finanzminister bei Einbringung des Entwurfs, „so haben wir jetzt die Überzeugung, daß eine kriegsbereite Armee allein nicht genügt, um allen Eventualitäten zu begegnen; daß auch ein kriegsbereiter Schatz zur Seite stehen muß.“ Die Ansicht wäre ganz richtig, wenn die Regierung beabsichtigte, alljährlich einen großen Krieg zu führen, und wenn sie ganz sicher wäre, daß dieser Krieg nur sieben Wochen dauern und dabei siegreich sein würde. Wollten Preußen auch nur ein Jahr hindurch Frieden halten, so würde ihm der Staatschase in der Zeit zwischen zwei Kriegen mehr Zinsen kosten, als das Land durch eine unter den ungünstigsten Verhältnissen ausgegebene Anleihe Gourverlust zu tragen hat. Da wir ferner nicht 50 oder 100 Millionen im Staatschase anfangen können — die Zinsen würden sonst gewaltig an unseren Steuerkräften zehren —, so reichen die disponiblen Mittel höchstens für die Mobilisierung und die ersten Monate des Krieges. Nachher ist doch eine Anleihe nötig, und zwar unter ungünstigeren Verhältnissen, als sie vor dem Kriege waren. Läuft vollends der Krieg ungünstig ab, so wird die Anleihe doppelt nötig und doppelt schwer aufzubringen. Eine so schnelle und günstige Entwicklung, wie die des letzten Krieges, kommt vielleicht in tausend Jahren nicht wieder. Und wenn, so muß eine umsichtige Finanzverwaltung doch auch der Fall einer längeren Dauer des Krieges und einer Niederlage in's Auge fassen; sie muß also vor dem Kriege für alle Fälle beschaffen.

Das kann nicht durch Ausgabe von Kassenscheinen geschehen — hält doch selbst Herr v. d. Heydt die Emission von Kassenanweisungen nicht für empfehlenswerth. Auch auf dem Geschäftsweg ist eine Staatsanleihe schwer zu realisieren, denn der Geldmarkt zeigt sich den Staatspapieren von Jahr zu Jahr ungünstiger. Man vergleiche nur die Courssettel aus den letzten zehn Jahren. Der Kapitalvorraht steigt allerdings unablässig, aber auch unablässig mehren sich die Pumpenwerke, welche die Reservoirs ausschöpfen, in denen die Ersparnisse der Bürger sich ansammeln. Es ist nicht gar zu lange her, daß neben den Staatspapieren nur Pfandbriefe Cours an der Börse hatten. Jetzt kommen Aktien und Prioritäten von einer Unzahl Privatunternehmen auf den Markt. Auch der in Folge des Wegfalls der Buchgesetze steigende Personencredit absorbiert bedeutende Summen. Das Kapitalbedürfnis steigt schneller, als der Kapitalvorraht; die Möglichkeit von Staatsanleihen wird sonach alljährlich geringer, ganz besonders, wenn ein naher Krieg das Kapital vom Markt verdrängt. Immer also wird für einen länger dauernden Krieg ein Appell an die Opferwilligkeit des Volkes nötig sein. Dadurch ist die Form der freiwilligen Anleihe in möglichst kleinen Stücken geboten, so daß jeder Bürger eine paar ersparten Thaler in dem neuen Papiere anlegen kann. Dann ist der Staatschase überflüssig, und der Staat spart die hohen Zinsen für die toten Summen.

Allerdings läßt sich die Anleihe nur zustande bringen, wenn sie von der Volksvertretung genehmigt ist. Ein budgetloses Regiment kann den Staatschase nicht entbehren. Darum gibt die Regierung die beste, die einzige Garantie für die Anerkennung des Budgetrechtes durch den Vertrag auf die Wiederfüllung des Staatschases, der eine stete Anregung zum Misstrauen und sonach ein stetes Hindernis des inneren Friedens ist.

Breslau, 24. August

Unsere Besorgnisse in Bezug auf die Adressverhandlungen sind, wie wir mit Freuden anerkennen, noch in der letzten Stunde gehoben worden; den eben so energischen als patriotischen Bemühungen des Präf. v. Forckenbeck ist es gelungen, die widerstrebenben Elemente zu vereinigen und die Adresse zu einem wirklich Ausdruck der Vertretung des gesamten preußischen Volkes zu machen; mit einer an Einigkeit grenzenden Majorität hat das Abgeordnetenhaus die Adresse angenommen, und die verschiedenen Parteien haben somit einen Alt der Selbstüberwindung vollzogen, der ihnen in der parlamentarischen Geschichte nie vergessen werden wird. Die glänzende Rede des Abg. Virchow war der würdigste Commentar zur Adresse; mit warmer Begeisterung wußte er der allgemein im Volke herrschenden Stimmung den edelsten Ausdruck zu geben; der Dank, welchen der Redner im Namen der Volksvertretung der Armeen und ihren Führern aussprach, findet im ganzen Volke Widerhall. Gern sehen wir daher auch über den Seitenhieb hinweg, welchen er der „aufgeregten Presse“ gab. Die Presse, welche der Vorwürfe von anderer Seite her nachgerade gewohnt ist, nimmt nicht ohne Humor auch einmal eine allerdings unerwartet von dieser Seite kommende Rüge mit auf. Was die Stellung Jacoby's betrifft, so hat sie uns nicht überrascht. Unbeirrt von jedem Erfolge zeigte er sich, wie sein ganzes politisches Leben hindurch, so auch in diesem wichtigen Augenblicke, als der konsequente Vertreter des starren Rechtsprincips, und wir bedauern es nicht, daß auch dieses durch ihn zum Ausdruck gekommen ist, möchte auch sein Wort als Muster durch die allgemeine Begeisterung klingen. Ob wir mit ihm übereinstimmen oder nicht, nie werden wir es doch vergessen, daß vielleicht keiner von den Lebenden so viel für die freiheitliche Entwicklung Preußens und Deutschlands gekämpft und gelitten hat, als Jacoby; nach den Kämpfen eines Vierteljahrhunderts sieht er sein Ideal nicht nur nicht erreicht, sondern nach seinen Anschaunungen weiter in die Ferne gerückt als je; mit dem Muthe der Überzeugung, der ihn nie verlassen hat, er in der offenen Weise und im Gegenseite zu den meisten seiner politischen Freunde seine Befürchtungen ausgesprochen; achten wir seine Worte, wenn wir ihnen auch nicht zustimmen können!

Mit Baiern ist nun mehr, wie wir unten mittheilen, der Frieden definitiv abgeschlossen. Immer mehrere Stimmen aus dem Süden drängen zum Anschluß an den norddeutschen Bundesstaat; die geistigen nicht minder wie die materiellen Interessen verlangen ein ungeteiltes Deutschland, und ist nur erst das deutsche Parlament versammelt, zu dessen Wahlen nun endlich auch die sächsische Landes-Commission die Vorbereitungen trifft, so wird es nicht lange Zeit bedürfen, um die noch widerstrebenben Elemente im Süden zu anderen Anschaunungen zu bringen.

Die Nachrichten über den baldigen Abschluß des Friedens zwischen Italien und Österreich mehren sich und es ist, nachdem der Telegraph gemeldet hat, daß General Menabrea in Wien erwartet werde, nunmehr nicht daran zu zweifeln, daß die definitive Regulirung der Friedensfrage nächstens dort stattfinden werde. Die aufallende Nachricht der „Patrie“, nach welcher bedeckte Gerüchte über die Bedingungen für die Abtreterung Venetiens an Italien circuliren sollen, ist mit Voricht aufzunehmen. Sie selbst beschränkt sich auf die Mitteilung, daß Frankreich im Einverständniß mit Österreich entschlossen sei, binnen Kurzem das freigewordene Volk von Venetien aufzufordern, für oder gegen seine Annexion an das übrige Italien zu stimmen. In diesem Falle, fügt sie hinzu, würde die Abstimmung sehr wahrscheinlich zu Gunsten einer besonderen Autonomie sein. Die venetianische Nationalität würde proklamirt und Venetien ein Vice-Königreich mit einem Abgeordnetenhaus und einem Senate werden, um sodann ein inniges Bündniß mit dem Königreich Italien zu schließen. — Die Nachricht, daß Österreich die Räderstattung der Kosten für die Festigungen des Festungsviertels von Italien gefordert und das Cabinet von Florenz mit einer Weigerung geantwortet habe, wird von der „Razone“ bestreitet. — Im Übrigen ist aus Italien die Meldung von Wichtigkeit, daß in das am 16. von dem Könige erlassene Amnestie-Decreet auch Joseph Mazzini eingeschlossen ist, desgleichen sämtliche wegen Aspro Monte verurtheilte, welche noch nicht früher begnadigt worden sind.

Über die Stellung Ricafoli's theilen wir unter „Florenz“ Näheres mit. Derselbe hat in einem an die Präfecten gerichteten Rundschreiben die Mitteilung vom Abschluß des Waffenstillstandes mit einigen sehr verständigen Aufrückerungen begleitet. Er fordert die Präfecten nämlich auf, dazu mitzuwirken, daß die Nation das Füllen, Magen und Beißbündige jetzt aufzugebe, da derselbe nun doch nichts mehr nützen, wohl aber schaden könne; man möge sich voll Vertrauen um die Regierung scheren; Eintracht und Mäßigung von Seiten der Bürger, das seien die Bedingungen, um die Hindernisse, welche sich der Action der Regierung entgegenstellen, zu besiegen und eine der Nation würdige Lösung für die noch schwedenden Fragen herbeizuführen.

Eine der „Nat.-Btg.“ aus Rom zugegangene Mitteilung spricht davon, daß die solenne Übertragung des Patronats von Rom an den Kaiser Napoleon an der bestimmten Erklärung scheitere, daß die damit verbundenen Pflichten für die Schutzarmee Frankreich weder die Artikel des Septembervertrages, noch die rein italienischestellung verändern dürfen, in welche das Prinzip des Dominium Temporale verwiesen worden ist. Die Correspondenz erwähnt zugleich, daß man der römischen Regierung den verfehlten Gedanken zugeschrieben habe, sich in den Schutz Preußens zu stellen und die Protection der großen protestantischen Macht Italien gegenüber anzurufen. Indes, fügt die Correspondenz weiter hinzu, versichert man auf das Einsiedlerfest, daß eine so fremdartige Idee dem Vatican durchaus fern geblieben sei und das Entstehen dieser Ansicht bezeichne nur den äußersten Grad der Katholizigkeit, in der man sich in Rom befindet.

Zu welchen Ausbrüchen des Münzvermögens die preußische Botschaft über die beabsichtigten Annexionen die französische Presse veranlaßt hat, davon liefern besonders der unter „Paris“ mitgetheilte Article des „Journal des Débats“ einen sehr sprechenden Beweis. Die „K. B.“ glaubt, daß derselbe Beachtung verdient, nicht allein, weil er aus dem Ministerium des Außenamtes kommt, sondern weil aus derselben hervorgehe, daß man in den vorher offiziellen Kreisen bezüglich der preußischen Annexionen sich ähnlich geändert habe, seit man wisse, daß es schwer, ja fast unmöglich sein werde, auf friedlichem Wege Compensationen zu erhalten. Es ist, sagt sie hinzu, nicht möglich, und es wird in Paris auf's Bestimmteste behauptet, daß zur Zeit in Paris gewisse Versprechungen gemacht wurden, aber es scheint, daß dieselben nur sehr persönlicher Natur waren, und heute von dem, welcher sie machte, nicht gehalten werden können. Daß man übrigens in Berlin officielle Schritte gethan hat, um auf die Erfüllung dieser Versprechungen zu dringen, oder wenn diese nicht gemacht wurden, doch Compensationen für Frankreich zu verlangen, ist außer allem Zweifel, und geht auch indirect aus der heutigen „Moniteur“-Note hervor, welche nur in Abrede stellt, daß Frankreich von neutralen Mächten eine Entschädigung verlangt habe.

Uebrigens sprechen jetzt auch die anderen Blätter in ähnlichen, zum Theil sogar noch schärferen Wendungen ihrem Ärger über die Vergleichung Preußens aus, und es vertheidigt nun, seitdem die Königliche Annexionbotschaft erschienen ist, in der französischen Presse kein einziges Blatt mehr das kühne Vorgeten des Grafen Bismarck. Die „Opinion nationale“ allein hält sich in vorsichtiger Neutralität; sie ist noch nicht zum Angriff übergegangen, hat aber vorläufig auch die Befürwortung der durch die preußische Action in Deutschland vorgenommenen Veränderungen eingestellt. Der „Constitutionnel“ gefällt sich in disreter, aber darum nicht gerade wohlwollender Zurückhaltung. Die „Nat.-Btg.“ ist überzeugt, daß eine unmittelbare Wirkung jener bestigen Ergänzungen allerdings jetzt nicht mehr zu fürchten sei, aber auch sie glaubt, daß Preußen immerhin alle Ursache habe, auf seiner Hut zu sein.

In Spanien ist, wie es scheint, an eine Befreiung, namentlich in den finanziellen Verhältnissen, nicht zu denken. Den besten Beweis dafür liefert die officielle Zeitung, welche eine Verfügung des Finanzministers veröffentlicht, der zufolge die Gouverneurs der Provinzen sich mit der Entäußerung der Nationalgüter beeilen sollen.

Die Zustände in Mexico nehmen besonders infofern eine immer ernstere Wendung, als sich die Regierung von Washington, wie aus Newyork vom 20. d. M. berichtet wird, veranlaßt gesehen hat, zwei Kanonenboote nach dem Rio Grande zu senden. Daß Santa Anna wieder auf dem politischen Felde erscheinen werde, ist, obwohl er sich dem Präsidenten Juarez zur Verfügung gestellt hat, nicht zu befürchten. Juarez hat dieses Anerbieten mit Recht zurückgewiesen, indem er bemerkte, daß dadurch nur die Uneinigkeit unter den Republikanern in Mexico vermehrt werden würde.

Preußen.

Berlin, 23. August. [Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Preußen] ist von Edmundsdorf angelommen.

[Belämmnung.] Zu Hanau und zu Hersfeld in Kurhessen sind am 20. August d. J. Telegraphen-Stationen mit beschränktem Tagesdienste eröffnet worden.

Der Seminarlehrer Weiland in Bromberg ist als erster Lehrer am evang. Schullehrer-Seminar zu Koźmin angestellt worden. (St.-Anz.)

= Berlin, 23. August. [Die Adressdebatte. — Die Annexion-Commission. — Petitionen aus Hannover und Karlsruhe.] Das heutige Resultat der Adressdebatte, die Vereinigung einer so großen Majorität auf den Stavenhagen'schen Entwurf ist das Resultat unausgefeilter Bemühungen des Präsidenten v. Forckenbeck. Derselbe war bei dem Zustandekommen des nunmehr angenommenen Entwurfs selbst thätig, Stavenhagen, Lüning und Kosch standen ihm dabei zur Seite, sodann ging er seit vorgestern von fraction zu fraction um die widerstrebenben Elemente zu gewinnen und der wüt-

dige Kosch theilte dieselbe Arbeit in den Kreisen der liberalen Abgeordneten. Forckenbeck vereinigte sodann eine Versammlung von Delegierten aller Fractionen und so gelang die Einigung, welche im Lande gewiss einen günstigen Eindruck machen wird. Jacoby's Rede war vielfach nicht richtig verstanden worden und gab deshalb zu mannißglichen Mißdeutungen Anlaß. Uebrigens verlangte man mehrfach gegen den Schluß der Rede einen Ordnungsruß, doch konnten bei der gleichzeitigen Unruhe im Saale die Zurufe nur von den Nächststehenden vernommen werden. Daß der Präsident darauf nicht einging, fand allgemeine Billigung, denn, abgesehen von ihrem Inhalt, bewegte sich die Rede Jacoby's doch streng in den parlamentarischen Grenzen und blieb so die reine Ausübung einer subjektiven Ansicht. — In Abgeordnetenkreisen wurde die gefürchtete Sitzung der sogenannten Annexions-Commission sehr lebhaft wegen der entgegenkommenden Haltung und der Eröffnungen des Ministerpräsidenten besprochen, welche Ihnen wohl durch die Kammer-Correspondenzen zugehen werden; es fiel jedoch auf, daß der Minister über die Gründe, weshalb mit dem Großherzogthum Hessen nicht ein vortheilhafter Frieden geschlossen worden, so wie über Frankfurt und die Contributions-Angelegenheit gänzliches Stillschweigen beobachtete. — Bei dem Abgeordnetenhause sind auch heute Petitionen aus Hannover gegen die Einverleibung dieses Landes in Preußen eingegangen. Ein Herr v. d. Decken aus Hannover wünscht, daß die Regierung sich der Verluste Preußens durch den tilster Frieden erinnern und darnach mit Hannover verfahren möchte u. dergl. m. — Aus Karlsruhe ist eine Petition eingegangen, welche das Haus dafür zu interessieren wünscht, daß der engste Anschluß Badens an Preußen bewirkt oder doch dafür gesorgt werde, daß Badens Anschluß an den norddeutschen Bund erfolge.

Berlin, 23. Aug. [Abschluß des Friedens mit Bayern.] Die „Kreuztg.“ meldet: Gestern Abend 10½ Uhr ist der Friede zwischen Preußen und Bayern hier im auswärtigen Ministerium auch förmlich abgeschlossen worden. Wir haben schon gemeldet, daß Bayern 30 Millionen Gulden (etwas über 17 Mill. Thaler) Kriegskosten an Preußen zahlt und einige Landstriche abtritt, welche zur Abrundung des südlichen Gebiets von Kurhessen erforderlich sind.

O. K. C. [Die Annexionsvorlage.] Die Commission des Abg. Hauses zur Prüfung des Gesetz-Entwurfs, betr. die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. mit der preußischen Monarchie, hielt am Mittwoch Abend ihre erste Sitzung. — Von Seiten des Staatsministeriums war der Ministerpräsident Graf Bismarck anwesend. Die Sitzung wurde bald nach 6 Uhr mit dem Berichte des Referenten, Abg. v. Kirchmann, eröffnet. Derfelbe begrüßte den Gesetz-Entwurf als einen der wichtigsten Acte für die Gesamtentwicklung der deutschen und preußischen Verhältnisse. Nach einigen allgemeinen Betrachtungen ging er so dann auf den Entwurf selbst über, und kam zu dem Resultate, daß, bevor nicht von Seiten der Staatsregierung nähere Erörterungen gegeben worden wären, er sich für die im § 1 angekündigte Personal-Union jener Länder mit Preußen nicht aussprechen könne. Er hielt es vielmehr für geboten, daß, da bereits in der Überschrift des Gesetzes ausdrücklich die Vereinigung der betreffenden Länder mit der preußischen Monarchie ausgedrückt wäre, diese Vereinigung in das Gesetz selbst aufgenommen würde, und schlug deshalb das Amending vor:

„An Stelle des § 1 des Entwurfs zu setzen:

Das Königreich Hannover, Kurfürstentum Hessen, Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden mit dem preußischen Staate hierdurch vereinigt“;

sodann den § 1 des Gesetzentwurfs zu § 2 zu machen, und als § 3 den § 2 des Entwurfs, jedoch mit der Modifikation zu setzen, daß das dort vorgegebene Gesetz längstens binnen 1 Jahr vorgelegt werden müsse.

Nach dieser Erörterung rückte der Referent an den Ministerpräsidenten verschiedene Fragen, zunächst die, ob es die Ansicht der königl. Staatsregierung wäre, daß die in den einzelnen der in Frage kommenden Länder bestehenden Verfassungen durch die Eroberung jener Länder als besiegt zu betrachten wären. — Diese Frage bejahte der Ministerpräsident, indem er ausführte, daß mit dem Falle des Staatsoberhauptes seiner Ansicht nach selbstverständlich auch die mit denselben vereinbarte Staatsverfassung fiel.

Auf die weitere Frage des Referenten, ob und welche besondere Einrichtungen der einzelnen Staaten erhalten bleiben sollten, bemerkte der Ministerpräsident, daß sich dies noch nicht übersehen lasse; daß die Staatsregierung aber den Wunsch hege, den einzelnen Staaten so viel von ihren beson-

deren Einrichtungen zu lassen, als unsere eigenen staatlichen Einrichtungen es vertrügen.

Auf die Frage, welche rechtliche Stellung auf dem zu erwartenden deutschen Parlamente die betreffenden Staaten einnehmen würden, erwiderte der Ministerpräsident, daß, wenn die Publication der jetzigen Vorlage nicht früher erfolge, die Wahlen jedenfalls in den betreffenden Ländern eben so angeordnet werden müßten, wie in den übrigen zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, da die Einwohner der in Frage kommenden Staaten doch das Recht hätten, eine Vertretung beim deutschen Parlamente zu verlangen.

Es wurde darauf die General-Discussion eröffnet; sämtliche Redner, Schulze (Berlin), Graf Schwerin und v. Kirchmann sprachen sich entschieden gegen die Personal-Union aus, und namentlich wurde von Schulze und Kirchmann aus der großen Verwickelungen hingewiesen, die auch nur aus einer einstweiligen Personal-Union entstehen müßten. — Auch wurde von einer Seite bemerkt, daß es im Interesse der betreffenden Länder selbst liege, aus der Ungewißheit und Unsicherheit ihres Zustandes herauszutreten, was aber nur durch sofortige Real-Union mit dem preußischen Staate erfolgen könne.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß bei den verschiedenen Strömungen die Einthronung der betr. Fürsten durch eine sofortige Real-Union auch nach dieser Seite hin alle Einwirkungen beseitigt würden. — Man könne auch gar nicht wissen, ob das Herrenhaus zur Umwandlung der Personal-Union in die Real-Union später die Einwilligung geben würde, während dies jetzt, wo die Sache noch im Fluß wäre, wohl mit Sicherheit zu erwarten wäre.

Referent v. Kirchmann legte darauf noch einen besonderen Gesetzentwurf als Amending vor, der im Wesentlichen die sofortige Einverleibung der betr. Länder in den preußischen Staat und die Einführung der preußischen Verfassung in denselben betonte, jedoch die weitere Organisation und Einführung der besonderen Gelege einer späteren Zeit vorbehalten wisse, und der auch die Aufrechterhaltung der besonderen Einrichtungen und Institute der betr. Staaten föhren sollte.

Abg. Graf Schwerin hielt es für genügend, den Gesetzentwurf einzig darauf zu beschränken, daß die Vereinigung der betr. Länder mit dem preußischen Staate nach Art. 2 der Verfassungs-Urkunde erfolge.

Der Minister-Präsident erklärte hierauf, daß es nur in dem Wunsche des Königs und der Regierung selbst liegen könne, so schnell wie möglich die Einverleibung der betr. Länder in den preußischen Staat nach Art. 2 der Verfassungs-Urkunde herbeizuführen. Er selbst könne die beantragte Vorlage eines besonderen Gesetzes binnen längstens 1 Jahre nur bestens accipieren, glaube sogar, daß die Frist zu lang sei, da er hoffe, in bedeutend kürzerer Zeit die Einverleibung vollendet zu sehen. — Es liege, das könne er versichern, nie und nimmer mehr in der Würde des Königs und der Staats-Regierung, für die betreffenden Länder eine eigentlich Personal-Union mit der Krone herzustellen. — Die von allen Seiten vorgelegten sofortigen Einverleibungen entsprechen vollkommen den Wünschen der Staats-Regierung, nur hätte sie ein Übergangsstadium suchen müssen, und ein solches in der vorläufigen Dictatur des Königs finden zu können geglaubt. Er könne für seine Person allerdings eine positive Ansage der Annahme der sofortigen Incorporation namens des Staats-Ministeriums nicht abgeben, nebt den Vorschlag aber ad referendum an. Er glaube auch nicht, daß dies bei dem andern Hause, dem Herrenhause, besondere Schwierigkeiten finden würde; er erfuhr schließlich, die heutigen Verhandlungen zu vertagen, damit er hierüber mit dem Staats-Ministerium erst noch in Berathung treten könne.

Darauf ging der Minister-Präsident über zur Darlegung der Verhandlungen mit Baden, Württemberg, Bayern und Darmstadt. — Mit Baden und Württemberg wäre der Friedensvertrag bereits ratifiziert. Die allgemeinen Gesichtspunkte der Staats-Regierung bei dem Friedensschluß und der Erwerbung von Hannover u. seien dahin gegangen, daß die Staats-Regierung einen Gebietserwerb für den preußischen Staat nur insoweit erstrebt habe und habe erstreben müssen, als es zur Arrondirung des preußischen Staates und zur Sicherung der preußischen Machstellung durchaus notwendig erschienen sei; man habe sich daher bei den Friedensverträgen mit Bayern nur auf eine kleine Grenzregulirung und bei Hessen-Darmstadt auf einen kleinen Theil von Oberhessen beschränkt. Die Staats-Regierung glaube dadurch zu gleicher Zeit den „süddeutschen Brüder“ zu zeigen, daß, umgedacht der preußische Staat bei den glücklichen kriegerischen Ereignissen die Macht in Händen gehabt hätte, es derfelben doch vorzüglich daran gelegen sei, sie mit dem Gedanken einer näheren Vereinigung dieser Länder mit dem preußischen Staat zu verhindern. — Bei Baden und Württemberg sei deshalb blos eine Kriegskosten-Entschädigung von 6, resp. 8 Millionen Gulden festgesetzt, bei Bayern wäre eine Entschädigung von 30 Millionen Gulden in Aussicht genommen; in Bezug auf Sachsen schwieben die Verhandlungen noch.

Nach diesen Eröffnungen wurde die Sitzung um 9 Uhr vertagt. Nächste Sitzung noch unbekannt.

(O. K. C.) [Berichtigung.] In unserem gestrigen Berichte über die Verhandlungen der Commission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des

Die sächsischen Regiments-Commandeurs und Offiziere wunderten sich nicht wenig, als sie die Ordre erhielten, welche sie in die Wohnung des preußischen Generals beschied. Was wollte er von ihnen? Sollten sie einem neuen Oberhaupt den Eid der Treue leisten, wohl gar Preußens Friedrich Wilhelm? Oder wollte man sie des zu Koblenz gegebenen Versprechens, dem Willen der verbündeten Monarchen in allen Stücken zu folgen, entbinden?

Diese und ähnliche Muthnahmen beunruhigten die Gemüther der Offiziere und theilten sich auch bald ihren Truppen mit. Man gelobte sich, was auch kommen möge, in treuer Kameradschaft fest zusammen zu halten und einig zu bleiben, wie Ein Mann.

Am anderen Tage fanden sich die sächsischen Offiziere zur festgesetzten Zeit bei Gneisenau ein.

Meine Herren! eröffnete ihnen dieser; ich habe Sie rufen lassen, um Ihnen den Willen meines Königs kund zu thun.

Ein Gemurmel durchlief die Reihen der Offiziere.

Der wiener Kongress, fuhr der General fort, hat seine Beschlüsse veröffentlicht und darnach Preußen einen Theil des Königreichs Sachsen als Entschädigung für seine abgetretenen Länderstrecken zugesprochen. Sie werden einsehen, meine Herren, daß diese geringe Befriedigung Preußens nicht nur in der Willigkeit liegt, es ist sogar eine Nichtachtung unserer gehabten Mühen seitens des wiener Congresses; doch davon ein andermal, bleiben wir jetzt bei der Sache.

Der König Friedrich Wilhelm III. von Preußen befiehlt hiermit, daß die sächsische Armee in zwei Brigaden getheilt werde; die eine davon soll aus den sächsisch bleibenden Mannschaften bestehen und ihren eigenen Stab behalten, die andere aus den Mannschaften der fortan zu Preußen gehörenden sächsischen Gebietstheile gebildet und dem preußischen Heere einverlebt werden, und diese Absonderung einleiten zu helfen, ist der Grund ihres Hierseins, meine Herren.

Wieder ließen sich Zeichen der Entrüstung hören.

Excellenz, nahm ein alter Oberst das Wort, das ist ein unmenschliches Verlangen.

Das läßt sich nicht durchführen! rief hierdurch aufgemuntert ein Zweiter.

Wir trennen uns nicht! ein Dritter.

Bedenken Sie, was Sie sprechen, meine Herren! sagte Gneisenau ruhig und blickte fest über die Versammelten. Es handelt sich hier nicht um die launenhafte Willkür eines Einzelnen, es handelt sich um die Verwirklichung einer Bestimmung der sämtlichen europäischen Großmächte, und gegen diese wollen Sie sich höchstlich nicht auflehnen.

Aber, Excellenz, hob der Oberst wieder an, wo bleiben die Gründe der Menschlichkeit, die laut gegen solche Theilung sprechen? Ist das Humanität gesäßt mit den befreiten deutschen Landsleuten, daß man den Bruder vom Bruder reiht, um sie später im offenen Kampfe einander gegenüber zu stellen?

Das sind bedauerliche Folgen einer unglücklichen Kriegsführung, meine Herren! entgegnete der General achselzuckend. Weshalb rechten Sie mit mir? Ich habe den Befehl zur Ausführung erhalten, und Sie wissen, ein guter Soldat muß Obedire pariren.

Wir können hier nicht Folge leisten, Herr General.

Entwurfes eines Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes ist irrtümlich angeführt, daß der Abgeordnete Loewe sich gegen die Einführung eines Paragraphen erklärt habe, durch welchen das Recht der Constitutionierung der Verfassung und die Freiheit der Abgeordneten gesichert werde, wie ihn der Referent Westen vorgeschlagen. Abg. Loewe hat im Gegenteil gerade die Einführung einer solchen Bestimmung für nothwendig erklärt, obgleich er im Uebrigen gegen die Vornahme von Veränderungen, die vom Geist und vom Wortlaut des Reichswahlgesetzes abweichen, sich aussprach.

[Die Besetzung der Festung Mainz.] Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Wir haben schon gemeldet, daß Preußen sich das Recht alleiniger Besetzung der Festung Mainz beim Friedensschluß mit dem Großherzogthum Hessen-Darmstadt, in dessen Gebiet Mainz liegt, ausgemacht hat. Wie wir hören, ist angeordnet worden, daß die Besetzung der Festung durch preußische Truppen am 26. d. M. erfolgen soll.

Stettin, 23. Aug. [Vom kurfürstlichen Hofe.] Seit gestern befindet sich der ehemalige kurfürstlich hessische Minister und Gesandte am Wiener Hofe v. Baumbach hier beim Kurfürsten; er ist dem Vernehmen nach vom Ministerpräsidenten Grafen Bismarck vor einiger Zeit nach Berlin berufen und jetzt mit einer Mission an den Kurfürsten betraut. Herr v. Baumbach genießt bekanntlich vorzugsweise das Vertrauen seines ehemaligen Souveräns. — Wie verlautet, leidet die Gräfin Ysenburg an einem nervösen Nebel und wäre ihr von dem kurfürstlichen Leibarzt eine Veränderung des Aufenthaltsortes angeraten worden; würde sie diesem Rathen folgen, so dürfte die Gräfin v. Hanau nach Stettin kommen und die Pflege ihres Gemahls übernehmen. Der Kurfürst wird übrigens, sobald er aus seiner Gefangenschaft entlassen ist, nach der Schweiz übersiedeln. (D. B.)

Stettin, 23. Aug. [Exzesse.] Bei dem gestrigen Kreis-Exzess in Goßlow kam es zu größlichen Exzessen von Seiten einiger der circa 400 vorgeladenen Exzesslischen. Sie hatten der Fläche tüchtig zugesprochen, vergriffen sich thäthlich an den beaufsichtigenden Beamten, namentlich an dem Gendarmerie-Bailett, und mehrere zum Theil schwere Wunden beigebracht wurden. Erstwährend die Jäger des Geschäftslokals, und machten die schleunige Requisition von Wachtmannschaften von hier aus notwendig. Bierbuden der Exzedenten, Männer von 23 bis 29 Jahren, meist Ziegler von Profession, in der nächsten Umgegend von Goßlow, in Krakow, Buchholz, Bredow und Cöllberg ortsangehörig (unter ihnen drei Brüder), wurden verhaftet, unter militärischer Eskorte hierher transportiert und in die Kustodie eingeliefert. Gleichzeitig wurde der Staatsanwalt von dem Vorhalle Mitteilung gemacht.

Marienwerder, 18. August. [Denunciation.] Unter suchung.] Die Reaction unseres Wahlkreises kann die trost äußerster Gegenanstrengung erlittenen Niederlage bei dem letzten Wahlgefechte noch gar nicht recht verschmerzen; sie sucht jetzt ihrem gepeinigten Herzen durch anderweitige Tätigkeit Linderung zu verschaffen. Da den unabhängigen Leuten nicht beizukommen ist, so hält man es nunmehr für sächlich, liberale Beamte durch Denunciation zu schädigen und für künftige Fälle „mundtot“ zu machen. So wurde der hiesige hochgeachtete Kreisgerichtsdirector Herr Wegki mit einer Denunciation befreit. Wie man erzählt, befürwortete man ihn dahin, daß er, selbst Katholik, sein Ansehen bei den politisch-katholischen Wählermännern benutzt habe, um gegen die Wahl des Schulrats Wanjura zu wirken. In wieweit man den Herrn Director rechtlich belangen zu können geglaubt hat, ist nicht näher bekannt geworden, nur so viel steht fest, daß die Denunciation seitens der betreffenden Behörde abgewiesen ist.

Eine wirkliche Untersuchung ist gegen einen Elementarlehrer eingeleitet worden, angeblich wegen einer von demselben in Meine einer Wählerversammlung gehaltenen Rede. Näheres über diese Untersuchung behalten wir uns zur Mitteilung vor, bis Ergebnisse derselben bekannt geworden sind; doch vermögen wir heute schon die Bemerkung nicht zurückzuhalten, daß derartige Maßregeln der jetzt erfreulicher Weise eingeleiteten Aussöhnung in unserem inneren Staatsleben schwerlich förderlich sein dürften. Ueberhaupt erinnern einige uns mittheilten Schritte unseres neuen Landrats lebhaft an die Doctrinen des Herrn Präsidenten v. Kampf. Wir sind indes der festen Überzeugung, daß es auch in unserem Kreise genug Männer giebt, die den Kopf auf der richtigen Stelle führen haben, und bei denen „Bange machen nichts gilt.“ (G. G.)

Barmen, 21. August. [Berufung.] Dr. Laubert von der hiesigen Realschule hat einen Ruf als Professor in der philosophischen Facultät der neuorganisierten Akademie Neuschatel erhalten. (B. B.)

Deutschland.

Frankfurt, 21. Aug. [Die Bundestagsbeamten.] Das „Frank. J.“ schreibt: Viele hiesige Familien, deren Ernährer seit einer

Sie können nicht? rief Gneisenau wild. Sie müssen! Haben Sie nicht sämtlich zu Koblenz Ihr Ehrenwort gegeben, dem Willen der verbündeten Herrscher in Allem nachzukommen? Oder ist Ihnen die Soldatenrechte nur ein Spielzeug, das Sie nach Belieben fortlegen und wieder hervorholen, wenn Sie seiner bedürfen?

Niemand wagte dem erstaunten Befehlshaber ein Wort zu erwidern. Se. Majestät, fuhr dieser mit unerschütterlicher Ruhe fort, fordern wir jetzt von den betreffenden Truppen weder die Ablegung eines Eides, noch die Anlegung des preußischen Feldzeichens, aber unbedingt Gehorsam und pünktliche Befolgung seiner Befehle. Denjenigen Herren Offizieren, welche fortan preußische Unterthanen sein werden, ist übrigens eine Bedenkezeit bewilligt, innerhalb welcher sie sich zu erklären haben, ob sie preußische Offiziere zu bleiben gedenken; im anderen Falle wird ihnen gern der Abschied bewilligt. — Das, meine Herren, hatte ich Ihnen für heute mitzuteilen; die Details erfahren Sie später.

Er machte eine entlassende Verbeugung, und während sich die Sachsen mit schwach verhaltenem Grimm entfernten, ging er in ein Nebengemach.

Was Gneisenau ihren Offizieren mitgetheilt, verbreitete sich wie ein Lauffeu unter den sächsischen Truppen, und war nicht geeignet, die Gährung unter ihnen zu vermindern, dieselbe artete jetzt vielmehr in offenen Aufruhr aus.

Eine große Schaar tobend durchzog die Straßen, Verwünschungen und Drohungen gegen die Preußen auslösend.

Wir halten zusammen! Wir trennen uns nicht! Nieder mit den Barbaren!

So riefen sie und zogen nach Gneisenau's Wohnung. Der war glücklicherweise nicht anwesend, und die Tumultuanten mußten sich mit dem Einwerfen seiner Fenster begnügen.

Hin zu Blücher! rief die Röfung darauf und die meuternde Schaar machte sich auf den Weg nach seinem Quartier.

Die beiden preußischen Befehlshaber hatten noch keine Kunde von dem Aufruhr der Sachsen; ruhig saßen sie mit dem Adjutanten Nostiz in Blüchers Zimmer bei der Arbeit, als verworrenes Geschrei in ihre Ohren drang.

Sehen Sie doch einmal zu, lieber Nostiz, was es da unten giebt, woher der Lärm kommt! sagte der Feldmarschall, ruhig weiter arbeitend.

Sachsen sind es, Durchlaucht! antwortete der Adjutant, nachdem er hinabgeblickt. Die Kerle müssen betrunken sein; sie kommen grade auf das Haus zu und suchen und drohen wild nach den Fenstern her.

Blücher horchte auf. Was ist das? sagte er plötzlich. In dem Getöse vernahm er deutlich seinen Namen, begleitet von allerhand Schimpfwörtern. Daß mich der Teufel hole, Kinder, das ist doch keine Trunkenheit!

Durchlaucht, jetzt ist die Wache unten in's Haus retirirt und hat die Thüre verschlossen.

Blücher und Gneisenau sprangen auf und eilten an die Fenster.

Da sind die Schurken, steinigt sie! schrieen die Sachsen, wie sie die preußischen Feldherrn am Fenster sahen, und ein Hage! von Roth und Steinen flog gegen das Haus.

großen Reihe von Jahren am vormaligen Bundestage als Beamte angestellt waren, und dem sie in dieser Eigenschaft auch in das Exil nach Augsburg folgten, befinden sich ob ihrer Zukunft in der peinlichsten Un gewissheit. Nach Briefen, die von den betreffenden Beamten hier eingetroffen sind, ist weder bei der diese Woche bevorstehenden Auflösung der Bundesversammlung für den Fortzug des seitherigen Gehalts, noch für irgend welche Pensionierung (obshon von Seiten mancher Beamten in dieser Richtung Schritte geschehen) Vorsorge getroffen. Da sich in der Bundeskasse noch $1\frac{1}{2}$ Millionen fl. befinden sollen, so dürfen sich die Betroffenen wohl der Hoffnung hingeben, daß ihnen in irgend einer Weise geholfen werde, zumal sich die meisten in einem vorgerückten Alter befinden.

Bon der Mainlinie, 21. Aug. [Bei dem Friedensabschluß mit Baiern] ist die Provinz Hanau oder vielmehr das Kinzigthal insofern interessirt, als die Orte Neudorf, Aufenau, Wirthheim und Höchst herüber zu Kurhessen genommen werden dürften, indem sonst die Regulirungen des Kinzigflusses auf's Neue für ein halbes Jahrhundert fraglich werden würden. (Fr. J.)

Offenbach, 21. Aug. [Anschluß an Preußen.] Auch der hiesige Handelsstand beabsichtigt, sich in einer Separat-Adresse um Einführung unseres Landes in den norddeutschen Bund an den Großherzog zu wenden; sollte auch dieser Schritt wirkungslos bleiben, so ist eine Massen-Deputation von etwa fünfzig der angehörenden biegeen Industriellen an den Fürsten beabsichtigt, um ihn persönlich und rückhaltlos über die wahre Lage, die Wünsche und Bedürfnisse des Landes aufzuhüllen, über die er noch durch eine gewisse Coterie in einer für sich und uns verhängnisvollen Täuschung erhalten zu werden scheint. (Fr. J.)

Dresden, 23. August. [Die Parlamentswahlen.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt das „Dresd. Journ.“: Sicherem Vernehmen nach ist das Ministerium des Innern bereits mit den Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen, insbesondere der Bildung der Wahlbezirke beschäftigt.

Dresden, 22. August. [Die Treitschkesche Broschüre. — Telegraphenverkehr.] Die Broschüre des Herrn v. Treitschke soll nicht zur Ruhe kommen. Der hiesige General-Staatsanwalt hat zwar die Freigabe derselben, in Folge des Einschreitens des Herrn v. Wurmb, angeordnet, aber gleichzeitig die Anweisung ertheilt, bei dem Criminalgerichte die Untersuchung gegen die bei Verbreitung der Schrift Beihilfeten einzuleiten. — Der telegraphische Privatverkehr ist seit heute durch sämtliche Beamte, welche einen Nevers ausgestellt haben, in welchem sie sich zum Geopfaren gegen die preußische Verwaltung verpflichten, eröffnet worden, zunächst nach Norden hin (nach Berlin und Leipzig). Für andere Linien ist man mit Wiederaufstellung der Apparate beschäftigt. Als preußischer Inspector für das Königreich fungirt Herr Oxford. (N. Pr. 3.)

Leipzig, 23. August. [Verhaftung.] Die „Dresdner Nachrichten“ entnehmen einem Blatt, daß der ehemalige Redakteur der „Saxon“ und des „Dresdner General-Anzeiger“ zu Dresden, zuletzt Redakteur der halboffiziellen „Nassauischen Landeszeitung“, hr. Otto Walster, am 30. Juli verhaftet und auf die preußische Festung Ehrenbreitstein am Rhein abgeführt worden ist.

Koburg, 20. Aug. [Politischer Ärger.] Die von dem Advo katen Streit hier selbst herausgegebene „Arbeiter-Zeitung“ wird zu erscheinen aufzählen. Herr Streit fügt hinzu, daß er auch die beabsichtigte „Deutsche Volkszeitung“ nicht erscheinen lassen könne und giebt den Grund an, daß Koburg kein Ort für deutsche Bestrebungen mehr sei und daß es sich frage, ob überhaupt noch in dem ehemaligen Deutschland ein solcher Ort zu finden sei.

Meiningen, 20. August. [Neues Ministerium.] Es ist denn endlich auch für die Politik der meiningerischen Regierung die entscheidende Wendung ergangen. Mit dem heutigen Tage ist der Staatsminister v. Uttenhoven entlassen und des Herzogs Flügeladjutant v. Buch, Oberst und Commandeur des hiesigen Regiments, in zum dirigirenden Staatsminister, Minister des Außen und des herzoglichen Hauses ernannt. Herr v. Buch hat die jüngsten Verhandlungen des Herzogs in Verbindung mit dem Erb-

prinzen in Berlin geleitet und ist mit dessen Ernennung die Stellung Meiningens zum norddeutschen Bunde wohl nicht mehr fraglich, da die Integrität des Herzogthums noch in zwölfter Stunde gerettet wurde. Die amtliche Bekanntmachung über U. Uttenhovens Entlassung lautet nichts weniger als gnädig, auch eracht man nicht, daß dieselbe auf Ansuchen erfolgt ist. Uebrigens ist es bekannt, daß der Herzog in seiner Politik sich immer eine gewisse Selbstständigkeit gewahrt und diefer öfters seine Minister gewichen sind. So glauben wir auch mit Recht annehmen zu dürfen, daß die Trennung Meiningens von der Politik der übrigen thüringischen Staaten in der entscheidenden Bundestagsitzung vom 14. Juni aus einer höheren Intention als der des Ministers hervorgegangen ist. Ob der neue Minister, der ein recht beliebter Regimentscommandeur und vielleicht auch ein guter Diplomat ist, sich als Staatsminister bewähren wird, ist der Erfahrung vorzuhalten. Wir glauben, daß mit demselben nur ein Übergangs-Ministerium gewonnen werden sollte. (N. 3.)

Geeckemünde, 21. August. [Auf die von hier erlassene Adresse an den König von Preußen.] beduft Einverleibung des ganzen Königreiches Hannover in Preußen, ist folgende Antwort eingetroffen:

„Berlin, 16. August 1866. Die Adresse einer großen Anzahl von Bürgern von Geeckemünde an Se. Maj. den König ist von Allerböschdemselben gern und mit Genugthuung über die patriotischen Gefühlm und das ihm entgegengesetzte Vertrauen aufgenommen worden. Es gereicht mir zu lebhafter Berichtigung, mit dem Danke Sr. Majestät zugleich die Zufriedenheit auszusprechen zu können, daß die Erfüllung der Wünsche der Bevölkerung zu gemeinsamem Wohl und Gedeihen gereichen werde. gez. v. Bismarck.“

△▽ **Hamburg,** 22. August. [Schlesm.-holsteinsche Adresse an das preußische Abgeordnetenhaus. — Hannoversche Beamte in preußischem Dienst. — Zur event. nordschleswig'schen Abstimmung. — Berichtigung. — Sonstiges.]

The vorgestern nicht in dem benachbarten Altona, sondern in der ham burger Vorstadt St. Pauli versammelten sogenannten schleswig-holsteinischen Vertrauensmänner haben außer der Resolution, betreffend die Erhaltung Nordschleswigs für Deutschland und die Einberufung der Landesvertretung in der Annexionsfrage, eine Eingabe an das preußische Abgeordnetenhaus beschlossen. — Auf der hiesigen königl. preußischen Telegraphenstation sind bereits mehrere hannoversche Telegraphisten angestellt, während der hiesige königl. preußische Oberpostdirector Brünnow seinen Personalbestand in Bälde ebenfalls durch ehemalige hannoversche Postbeamte verstärken wird. Auch nach Berlin und Schleswig-Holstein sind mehrere hannoversche Telegraphisten und Postangestellte beordert worden. — Die heutige haderlebene „Nordschlesw.“ nennt 12 nordschleswig'sche Kirchspielle, welche nach ihrer Quelle bei einer event. Abstimmung in Betracht gezogen werden dürfen. Die von dem Blatte genannten Dörfschaften waren sämlich früher jütländisch; sie fielen erst durch den wiener Friedensvertrag an die Herzogthümer. — Das Gericht von der vermeintlich nahe bevorstehenden Beförderung des schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten Barons Karl v. Scheel-Plessen zum preuß. Gesandten am dänischen Hofe beruht auf einem Irrthum. — Die preuß. Ostsee Flotte wird in der nächsten Woche unter dem Commando des Contre-Admiral Sachmann angesichts der Insel Alsen größere Manöver und Schießübungen abhalten. — In Dänemark wird die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorbereitet. Bislang galt dort das Stellvertretungssystem. (N. 3.)

Nürnberg, 20. August. [Anschluß an Preußen. — Censur lücken.] Der „H. B. P.“ wird von hier geschrieben: „Während noch vor wenigen Tagen eine der Notabilitäten der liberalen Partei, Obergerichtsrath Planck, als Aufgabe der nationalen Partei in den norddeutschen Mittelstaaten bezeichnete, für die Wiedereinsetzung der deposse dirten Fürsten und die Begründung eines bundesstaatlichen Verhältnisses dieser Staaten mit Preußen einzutreten, erklärt jetzt Bürgermeister Miquel, einer der Führer der Majorität der letzten zweiten Kammer, daß dieses Programm heute für die Hannoveraner geradezu eine Unmöglichkeit sei. Die Forderung des Bundesstaates sei für uns dadurch bestigt, daß die deutsche Frage im Sinne des Einheitsstaates bei uns entschieden sei. Die allgemeine Wehrpflicht und die befürchtete Erhöhung der Steuern widerstrebe der partikularistischen Masse, aber das ebenso im Bundesstaate wie im Einheitsstaate, während dem nationalen Theile

des Volks Vieles im Einheitsstaat willkommen sei, was ihm im Bundesstaat fehlen würde. Da nun für Norddeutschland die Einheit tatsächlich, wenn auch ohne unsere Mitwirkung geschaffen sei, so würde eine Rückkehr zum Bundesstaat nur durch einen siegreichen Kampf über den preußischen Staat möglich sein. Ein solcher Kampf, der nur durch Aufbieten aller partikularistischen Kräfte geführt werden könnte, darf nicht von der nationalen Partei ausgehen, die im Gegentheil bezusen sei, diese Kräfte zu bekämpfen.“ — Die heute ausgegebene „Zeitung für Norddeutschland“ trägt ein ganz zerstörtes Aussehen, indem sie nicht weniger als 8 Censurlücken aufweist.

* **Kiel,** 22. Aug. [Die „Kiel. Zeitg.“] welcher bekanntlich die Concession zu weiterem Erscheinen unter der Bedingung erhält worden war, daß sie die Souveränitätsrechte Preußens nicht antaste und sich namentlich des Herzogstitels für den Prinzen von Augustenburg enthalte, versendet heute an ihren Leser die folgende Benachrichtigung:

„In Folge Schreibens des hiesigen Polizei-Amts an den Herausgeber der „Kiel. Zeitung“ ist die fernere Herausgabe derselben auf Grund eines Rescripts des Oberpräsidiums für Schleswig-Holstein verboten worden, weil in dem zweiten Blatte der heutigen Nummer (in der Erklärung des Regierungs-Raths a. D. Lesser) dem „Prinzen Friedrich von Augustenburg“ der Titel Herzog von Augustenburg beigelegt worden ist. Von dem Erfolo der von dem Herausgeber der Zeitung in dieser Veranlassung zu unternehmenden Schritte werden die Leser j. S. in Kenntniß gesetzt werden. Kiel, den 21. August 1866. Die Redaction.“

Kassel, 21. August. [Über die gegenwärtig hier herrschende Stimmung] haben Sie schon von anderer Seite mehrere Berichte erhalten. Erlauben Sie mir, dieselben infosern zu ergänzen, als ich auch des Einstusses gedenken möchte, welchen die bisherige Regierungswise des einstweiligen Gouvernements auf die Anschauung der nachgelehrten Bevölkerung gehabt hat. Man ist zunächst inne geworden, wie unendlich leicht es war, zahlreichen Wünschen zu entsprechen, wenn es nur nicht an gutem Willen dazu fehlte. Insbesondere hat die Schnelligkeit angenehm überrascht, mit welcher eine Reihe von Gefuchen erledigt wurde, die früher Monate, ja Jahre lang keine Antwort oder doch wenigstens keine Gewährung gefunden haben würden. Die Besetzung erledigter Stellen ist wohl zehnmal so rasch erfolgt als früher. Überhaupt hat es nicht entgehen können, daß an die Stelle kleinlicher Bedenken und oftmals störrischen Nebelwollens eine wohlmeinende, sachfördernde Geschäftsbefehlung getreten war. Dagegen ist es nicht unbemerkt geblieben, daß die bisherigen Maßnahmen der Administration sich im Ganzen nur auf geringfügige Dinge beschränkt haben, während man sich doch der Hoffnung hingab, daß auch die wichtigeren, seit langen Jahren unerledigt gebliebenen Angelegenheiten auf dem Felde der Gesetzgebung und der Verwaltung eine rasche Förderung finden würden. Ein Competenzenbedenken, meint man, habe dabei doch allein nicht maßgebend sein können. Wenn sich das einstweilige Gouvernement mit Recht für befugt gehalten, Verordnungen zu erlassen, Begnadigungen vorzunehmen, Amtier zu bezeugen &c., so sei nicht abzusehen, warum es nicht auch die von den Ständen längst angenommenen Gesetze habe publiciren können. (N. 3.)

Nürnberg, 20. August. [Einquartierung und Bürger.] Dem „Franz. J.“ entnehmen wir Folgendes: Hier werden öfters auf einen Tag sechs öffentliche Musikproduktionen angezeigt, von denen etwa die Hälfte auf preußische oder mecklenburgische Musikkorps treffen und die, wenn halbwegs das Wetter günstig ist, vom Civilpublikum, mit dem sich zwangsläufig und vertraulich das Militär mischt, zahlreich besucht sind. Das gute Vernehmen zwischen Quartiergebern und Einquartierung tritt hier an die Öffentlichkeit, wie auch bei manchen andern Gelegenheiten, wo man den Soldaten die Kinder der Familie hegen oder sonstige häusliche Berrichtungen ausüben sieht. Und wie hier, so auch in der Umgegend; unfreie Bauern sind trotz der schweren Last der Einquartierung zum Theil entzückt von den Preußen, bei deren Abschied (ofters wird von dem Lande in die Stadt und umgekehrt umquartiert) sich ungeheure Theilnahme aussprach. Von Hersbruck wird erzählt, daß bei einer Tanzgelegenheit die Bauern die Preußen

rathen mir zum feigen, schimpflichen Rückzuge? Sie können sich rubigen Blutes von den Canaille verböhnen lassen, General? O pfui der Schande über Preußens Feldherren!

Mit diesen Worten schleuderte er den Degen mit dem Rest der ihm zu Gebote stehenden Kraft gegen die Wand.

Laßt mich allein, Ihr Krämerseen! fuhr er fort. Noch nie ist eine Frevelthat an einem preußischen General ungerächt geblieben und soll es auch hier nicht bleiben, so wahr ich bin.

In dem Augenblicke ließen sich heftige Schläge gegen die Haustür vernehmen und der Ruf: Stürmt die Thür! drang heraus.

Hört Ihr's? rief der Feldmarschall. Die Rotte leuchtet nach Blut. Hinauf will sie, will Preußens Generale verderben, und die stehen unschlüssig und warten zitternd, bis man sie beim Schopfe hat. Geht, fuhr er bitter fort, öffnet die Thür, und laßt sie herein, die Banditen, damit sie ihren Zweck erreichen.

Gneisenau erwiderete auf diese Reden Nichts, er folgte dem Feldmarschall ins Zimmer und setzte sich an seinen verlassenen Platz, um zu arbeiten. (Schluß folgt.)

des siegreichen Heeres. Außer den genannten siebenig haben aber auf dem Langensalzaer Friedhof noch die vielen ihr Grab gefunden, die im Laufe der verlorenen Wochen an den Folgen ihrer Verwundung in den Lazaretten gestorben sind.

Als ich Langensalza in der siebenten Woche nach der Schlacht verließ, sah ich an den ausgetekten Nummern, daß bereits 257 ihre Ruhestätte dort gefunden hatten.

Die Gräber der auf dem Rückzuge haupstäglich bei den von den Hanoveranern auf die Unzirren unternommenen blutigen Reiterangriffen Gefallenen befinden sich auf der Rückzugslinie selbst, südöstlich von Langensalza, im sogenannten Ilber Grunde, zwischen der Stadt und den Dörfern Illeben und Hennigsalza.

Alle diese Gräberstätten, mit Ausnahme derjenigen, die einzeln mitten auf Acker liegen, werden gegenwärtig auf Kosten der Königin von Hannover, die ihren Hofgärtner nach Langensalza geschickt, kunstmäßig zurecht gemacht.

Zwei Jahrtausende hindurch ist deutscher Boden mit deutlichem Blute, geschlossen im brudermörderischen Kampfe, gefüngt worden, miden die Gräber von Langensalza und die vom Mainen die leisten sein, welche uns an eine traurige Vergangenheit unseres großen Vaterlandes erinnern.

Potsdam, 22. August. [Excesse.] Verschiedene Berliner Blätter erhalten von hier aus Mitteilungen über einen Ausbruch der Brutalität eines Hauseigenthümers gegen die Gattin eines Offiziers und einen in Folge dessen eingetretenen Act der Bolzjustiz gegen den Urverleb. So weit man sich aus den zum Theil nicht übereinstimmenden Berichten den Hergang klar machen kann, ist es folgender: Der Besitzer eines in der Schodstraße belegenen Hauses scheint einer Miettherin, der Gattin eines zur Zeit im Felde stehenden Obergerichtsrath Planck, als Aufgabe der nationalen Partei in den norddeutschen Mittelstaaten bezeichnete, für die Wiedereinsetzung der deposse dirten Fürsten und die Begründung eines bundesstaatlichen Verhältnisses dieser Staaten mit Preußen einzutreten, erklärt jetzt Bürgermeister Miquel, einer der Führer der Majorität der letzten zweiten Kammer, daß dieses Programm heute für die Hannoveraner geradezu eine Unmöglichkeit sei. Die Forderung des Bundesstaates sei für uns dadurch bestigt, daß die deutsche Frage im Sinne des Einheitsstaates bei uns entschieden sei. Die allgemeine Wehrpflicht und die befürchtete Erhöhung der Steuern widerstrebe der partikularistischen Masse, aber das ebenso im Bundesstaate wie im Einheitsstaate, während dem nationalen Theile

Das größte gemeinschaftliche Grab behielten 380 Hanoveraner, welche man in der Nacht vom 27. zum 28. bei Merxleben zusammengelesen hatte, sie wurden auf dem Kirchhof des genannten Dorfes beigetragen. Augenzeugen erzählten mir, wie es eine erschitternde, ihnen unvergleichliche Scene gewesen sei, als der alte würdige, im Weiß des Greisenalters prangende Geistliche, von den Hanoveranern Nachts 12 Uhr aus seiner Wohnung geholt, an das große Grab getreten sei und mit einer, häufig vom Schlubzen unterbrochenen Stimme den 380 ohne Ordnung und offen zu seinen Füßen liegenden Kriegern beim hellen Schein des Mondes die Grabrede gehalten habe. Und noch waren es nicht alle, die hier beerdigt werden sollten. Am Nachmittag des 28. habe man wieder so viele zusammengetragen, daß ein mit Bekannter gerade 90 zählte, welche man nebeneinander, an die Kirchhofsmauer gelehn und deren jeden die Bauern ein Sträuchchen in die Hand gegeben hatten. Und als er, so erzählte mir der Geistliche, über die niedrige Mauer hingegangen, da hätten noch mindestens eben so viel innerhalb derselben gelegen. Alle diese fanden ihre Ruhestätte in einem zweiten gemeinschaftlichen Grabe auf dem Kirchhof zu Merxleben.

Auf dem Gottesacker zu Langensalza selbst waren am Tage nach der Schlacht nur circa 70 beerdigt worden, darunter viele hannoverische Offiziere. König Georg selbst hatte diesen mit allen militärischen Ehren Beerdigen die letzte Ehre erwiesen. Der hannoverische Hofprediger, der hier die Leichenrede hielt, sprach dabei unter Anderem aus, daß bei einem künftigen Friedensschluß dieser siegreichen Schlacht wohl werde Rechnung getragen werden müssen, auf daß die Integrität des Königreichs Hannover gewahrt werde. König Georg soll bei diesen Worten zustimmen vor sich hin genickt haben. Der siegreiche Schlacht folgte aber am anderen Tage bekanntlich die Entzweiung

Zur Zeitgeschichte.) Als Curiosum mag folgende angebliche Anekdote des Großherzogs von Hessen-Darmstadt in Bezug auf die letzten militärischen Ereignisse Platz finden. „Das hab' ich mit gleich gedacht; — soll er gefragt haben — „an Allem ist mein Bruder Schuld!“ Das mag nun nicht so unrichtig sein; aber im Allgemeinen scheint die ganze Süddeutsche Gesellschaft nur sich gegenseitig angeführt zu haben.

Die Blicke sah ihn einige Secunden fest an, dann sprach er: Auch Sie

müßen und ihre Gäste die Bauernhütte aufsegten. Dankagungen in öffentlichen Blättern von Seite der Soldaten an ihre Quartiergeber sind an der Tagesordnung.

Mannheim, 20. August. [Bekanntmachung.] Heute ist hier nachfolgende Bekanntmachung erschienen:

Seitdem der Durchzug der großherzoglich hessischen Truppen durch die hiesige Stadt begonnen, sind aus der niedrigen Volksklasse Kundgebungen gegen die königlich preußische Belästigung erfolgt, deren feindlicher Charakter nicht zu verleugnen gewesen ist. Obwohl von Seiten der großherzoglich hessischen Civilbehörde vor solchen Demonstrationen eindringlich gewarnt worden war, haben dieselben sich doch bis zu dem Grade geteigt, daß gestern dem Einschreiten der bewaffneten Macht Widerstand entgegengesetzt, das Militär in Ausübung der ihm befohlenen Pflicht mit Messern bedroht, ja sogar der bewaffnete Widerstand der hessischen Soldaten gegen die preußische Mannschaft angetreten worden ist. Unter diesen Umständen ersucht der Unterzeichnete die ernste Pflicht, vor den Wiederholungen ähnlicher Austritte zu warnen, und bat sich jeder, der gegen die hiesigen königlich preußischen Truppen, welche von dem übergroßen Theile der Einwohner mit wohlwollender Freundlichkeit empfangen worden sind, in feindlicher Weise auftreten sollte, die Folgen selbst anzuschreiben. Der königlich preußische Commandant Kruse.

Italien.

Florenz, 18. Aug. [Der Rücktritt Lamarmora's und Petti-nengo's.] Es war, schreibt man der „R. Z.“, schon seit langer Zeit bekannt, daß im Ministerium eine Spaltung bestand, welche der Leitung der Geschäfte nur nachtheilig sein konnte. Die häufigen Reisen Ricasoli's nach dem Hauptquartier hatten eben ihre Veranlassung in dem Antagonismus zwischen dem letzteren und der Centralregierung. Endlich begab sich Depretis am Donnerstag zum Könige und erklärte ihm, daß das Cabinet in seiner bisherigen Zusammensetzung nicht fortbestehen könne und daß somit Ricasoli, Visconti-Benozzi und er selbst ihre Entlassung anbieten. Es war einen ganzen langen Tag fraglich, wohin sich die Entscheidung stellen würde. Erst am Freitag wurde der Rücktritt Lamarmora's, der schon früher einmal seine Entlassung angeboten hatte, offiziell, und der Kriegsminister, ein Freund und Schüler des Generals, folgte ihm gleich. Manche begrüßen Lamarmora's Sturz als den definitiven Untergang des Piemontismus, ein Begriff, der, nebenbei gesagt, Mauches einschließt, was Italien gegenwärtig sehr nöthig hat. Richtiger ist er als eine Bestiegung des Connubio zwischen Riccasoli und einem Theile der Linken aufzufassen. Was man sich darüber erzählt, daß Lamarmora die preußische Allianz compromittirt und sich unmittelbar nach Custoza auf gewisse geheime Unterhandlungen eingelassen habe, daß der preußische General Bernard nach Berlin gereist sei, um seine Regierung von diesen Unzrieben in Kenntnis zu setzen, und daß dadurch der plötzliche Stillstand Preußens auf seiner Siegesbahn zu erklären sei, das Alles darf nur mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden. Es scheint allerdings, daß Preußen einen Augenblick starkes Misstrauen gegen Italien hatte; auch ist es gewiß, daß die Auferachtlassung der Cession vom 4. Juli nur durch Riccasoli's, keineswegs aber durch Lamarmora's Einfluss erfolgt ist. — Der florentiner Correspondent des „Journal des Débats“ berichtet über die letzte Minister-Veränderung, wie folgt:

Schon seit langer Zeit war es bekannt, daß zwischen dem General Lamarmora und dem Baron Riccasoli Uneinigkeit herrsehe; einer von Beiden mußte weichen. Indem der König es vorgezogen, dem General Lamarmora seinen Abtsitz zu bewilligen, hat er bemüht, daß er den Tatt eines konstitutionellen Monarchen besitzt, denn es ist außer Zweifel, daß die allgemeine Meinung für den Baron Riccasoli ist und daß sein Sturz eine wahre Aufruhr hervorgerufen haben würde. Die alte piemontesische Partei ist für den Augenblick besiegt. General Giudicei repräsentiert die neue Armee, und General Cugia, der neue Kriegsminister, macht, obgleich er geborener Piemontese ist, gemeinschaftliche Sache mit denjenigen parlamentarischen Fraktionen, die nicht piemontesisch sind. Diese ministerielle Revolution wird kein Hindernis für die Wiederherstellung des Friedens sein; Federmann will heute den Frieden. Die Eigentümigkeiten sehen ein, daß er notwendig in; die öffentliche Meinung wünscht sogar, daß er sofort abgeschlossen werde, und sie extrahiert nur mit Ungeduld das unvermeidliche Hinziehen der Unterhandlungen. Von allen Seiten ruft man der Regierung zu: „Da es sein muß, so macht es schnell ab!“ Nach und nach wird der Schleier gelüftet, der auf den verschleierten Phasen des Krieges und der Unterhandlungen ruht. Man glaubt heute zu wissen, warum Preußen so schnell inmitten seiner Siege stehen blieb und so große Eile bewies, Frieden zu schließen, ohne sich wegen Italiens zu beunruhigen. Das Berliner Cabinet, so wird erzählt, sah mit Misstrauen die Unabhängigkeit, welcher sich die italienische Armee vom 21. Juni bis 5. Juli überließ. Die Cession von Venetien, welche in der Zwischenzeit stattfand, schien ihm verdächtig, mit einem Worte, es glaubte, es sei verraten. Es befürchtete sich, deshalb auch darauf, seine förmlichen und geschriebenen Verpflichtungen Italien gegenüber zu halten und bekummerte sich nicht weiter darum, was aus seinem Verbündeten werden würde. (Der Correspondent der „Débats“ scheint sich hier zu irren; Preußen hatte Italien nur die Erwerbung von Venetien versprochen; es wäre vielleicht auch bei Fortdauer des Krieges nichts dagegen gehabt haben, daß Italien das Trentino erhielte, aber es lag keineswegs in seiner Absicht und auch nicht in seinen Interessen, Triest und Dalmatien denselben zuzutun.) Diese Thatsachen sind keineswegs dem Rücktritt des Generals Lamarmora fremd. Ihm fällt die Verantwortlichkeit anheim. Sie werden begreifen, wie heikel es ist, von einem solchen Gegenstand zu sprechen, zumal die italienische Regierung nicht immer ihren eigenen Impulsivitäten gefolgt ist. Der Verdacht, welchen das Berliner Cabinet hatte, ist vielleicht ungerechtfertigt, aber es steht außer Zweifel, daß er einen sehr großen Einfluß auf sein Auftreten gehabt hat.

[Garibaldi] steht demselben Correspondenten zufolge im Begriffe, nach Caprera zurückzukehren. Er soll sehr entmutigt und dabei sehr leidend sein. — Dem genauer „Movimento“ wird aus Brescia geschrieben, daß Garibaldi fest entschlossen ist, sogleich nach Abschluß des Friedens nach Caprera zurückzukehren. Der General soll, von der Regierung um seine Meinung gefragt, erklärt haben, seiner Ansicht nach sei es das Beste, so schnell als möglich Frieden zu schließen, damit man das Fehlungsfeuer in Händen habe. Er würde der Regierung ratzen, das Frischsarencorps bis zum Frühjahr zu halten, jedoch denen, die es verlangten, langen Urlaub zu geben, für die Armee eine oder zwei anticipierte Aushebungen vorzubereiten und energisch für eine Veränderung der Bewaffnung zu sorgen.

[Verluste bei Custoza.] Die „Opinione“ veröffentlicht einen vom 12. Juli datirten, von General Lamarmora als Generalstabschef gesetzten zweiten Bericht über die militärischen Operationen am 23. und 24. Juni (Schlacht bei Custoza). Die Zusammenstellung der am 24. Juni erlittenen Verluste ergibt im Offizierstande 61 Tote, 165 Verwundete, 111 Vermisste (darunter 61 Verwundete), 10 Vermisste; bei den Mannschaften 651 Tote, 2915 Verwundete, 29 Gefangene, 4233 Vermisste (also ebenfalls Gefangene).

Frankreich.

* Paris, 21. August. [Zu den preußischen Annexionen.] Das „Journal de Débats“ enthält heute eine längere und sehr scharfe Auslassung gegen die Botschaft des Königs von Preußen, worin die Einverleibung Nassau's, Frankfurts, Hannovers und Kurhessens angekündigt wird:

Das Journal constatirte von vorn herein, wie es dies bereits mehrmals gethan, daß ihm die neuesten Ereignisse keineswegs unerwartet gekommen sind, denn es hat schon vor längerer Zeit die Pläne Preußens, wie sie jetzt offen hervortreten sind, angedeutet. Herr von Bismarck hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, und wer zu seinem Schaden von dem gewaltigen Vorgehen Preußens überrascht worden ist, der hat es sich zuzuschreiben, denn er war schon lange und mehr als hinreichend gewarnt. Aber das „Journal de Débats“ begreift die Haft nicht, mit der Preußen die von ihm beabsichtigten Territorialänderungen zu Thatsachen machen will, ehe noch der definitive Friede unterzeichnet ist. Es will dieselbe, während Europa darin eine Herausforderung erblicken können, nur darin den unternehmenden, raslos thätigen Geist des preußischen Premiers erlären, der jeden Aufschub und jede Zeitverschwendunghaftigkeit fürchtet. Über die Gründe, welche in der Botschaft für die Einverleibung der vier Staaten geltend gemacht werden, spricht das „Journal de Débats“ sein tiefes Bedauern aus. Diese Gründe will das französische Blatt nicht gelten lassen, weil sie die Verlezung eines Rechts bedingen, das auf freiwillig eingegangenen und gegenseitig ohne Beschränkung und Rücksicht

mehr als fünfzig Jahre ehrlich gehandhabten feierlichen Verträgen begründet ist. In der Berufung auf die Ratschläge der Botschaft findet das „Journal des Débats“ die Erfahrung bestätigt, daß die durch den Kampf vorreitenden Leidenschaften auch die vernünftigsten Regierungen und die bewährtesten Männer zu allerhand Extremen forttrieben und sie zu einem gewissermaßen aufrichtigen Bekennen von Theorien verleiten können, die der Gerechtigkeit und der Vernunft gleich sehr widerstreben. „Die Handlungen, welche Preußen den Regierungen der zu annexirenden Länder zum Vorwurf macht, sind allgemein bekannt.“ — „Es fiel Preußen ein, die Bundesverfassung als unauglich anzusehen und dafür zu erklären; es fand, daß dieselbe tiefschreitende Reformen bedürftig sei und legte dem Bundestag ein Project zur Abhilfe vor. Man war mit Preußen über die Notwendigkeit der Reform einig, sprach aber von Modificationen des Projects. Gegenwärtig reizte und bedrohte man sich. Über Deutschland breiteten sich Kriegsgesichte aus. Man wußte alleenthalben und sah nun mehr, wie der Bundestag, um diesen Krieg zu beschwören, Maßregeln anordnete, die er als notwendig zur Aufrechterhaltung des Friedens ansah. Darin erblickte Preußen eine Kriegserklärung; es ergriff die Offensive und fiel plötzlich in die Staaten ein, die es sich nun einberufen wird. Bon wie gutem Willen für Preußen wie auch besteht sein mögen, so vermögen wir doch in dem Gesamtverhalten dieser Staaten auch nicht den geringsten Grund zu entdecken, um sie zu verrichten und zu confisciren. Diese ungünstigsten Regierungen von Hannover, Hessen und Nassau haben, wohl oder übel, den Befehlen gehorcht, welche ihnen, innerhalb der Grenzen seiner Rechte, der Bundestag ertheilt und denen sie den Gehorsam nicht versagen durften. (Dah die „ungünstigsten Regierungen“ den Befehl durch ihre Abstimmungen selbst beigebracht haben, erwähnt das „Journal“ nicht. D. R.)

— Wenn noch wenigstens Preußen sich auf den Willen der Völker stützen könnte. Allein die Völker wollen nicht, wie die Botschaft selber eingestellt, und ihr Widerstreben ist eines der unerwarteten Ereignisse, das selbst die schrecklichsten Staatsmänner noch vor zwei Monaten für unmöglich gehalten hätten. Offen gestanden, das hätten wir nicht geglaubt. Wir lebten der Überzeugung, daß in den meisten deutschen Staaten zwischen und dritten Rang die Dynastien unpopulär seien und daß die Völker sich nach dem Augenblieb ihrer Vereinigung mit Preußen sehnten, um mit diesem an der Gründung der deutschen Einheit arbeiten zu können. Aber gerade das Gegenteil findet statt. — Im Ganzen hat die Botschaft und die Gesetzvorlage einen peinlichen, entmutigenden Eindruck auf unsern Geist verbraucht. Preußen, das einen hohen Rang unter den civilisierten Ländern Europa's einnimmt, handelt gegen seine kleinen Nachbarn so, wie es in den Zeiten, wo man nur das Recht des Stärkeren kannte, gehandelt haben würde. Aber damals gab es Stimmen, die sich zu Gunsten der Schwaben, d. h. zu Gunsten des Rechts erhoben und zwar nicht immer ohne Erfolg. Warum soll es auch heute nicht so sein, wo es sich darum handelt, gleichzeitig mit dem Recht auch die Unabhängigkeit der Regierungen wie der Völker zu schützen?“

[Über die italienischen Friedensverhandlungen] schreibt man der „N. Z.“ von hier Folgendes: Nachdem in den Verhandlungen wegen Venetiens, welche hier zwischen Frankreich, Österreich und Italien geführt werden, über die wesentlichsten Hauptpunkte eine Übereinstimmung erzielt worden ist, und die noch zu bewältigenden Schwierigkeiten — Überenahme eines Theiles der Staatschuld — rein finanzieller Natur sind, wird der Beendigung in zwei bis drei Tagen entgegengesehen. General Menabrea wird sich dann nach Wien begeben, wo die Verhandlungen über gewisse Grenzberichtigungen wieder aufgenommen werden sollen. Es bedürfte der ganzen Gewandtheit der französischen Diplomatie, um die beiden unverhönlischen Gegner im Zaume zu halten, und eine ungewöhnliche Beharrlichkeit und Langmuß wurde erforderlich, um ein günstiges Resultat herbeizuführen.

[Dem Vatican] werden, nach einer Mittheilung derselben Blätter, von hier durchaus keine Ratschläge mehr ertheilt, da geringe Verbesserungen nicht im Stande wären, die Bewölkung Roms mit dem Papstthum zu versöhnen, gründliche Reformen unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber den Sturz derselben eher beschleunigen möchten. — Einer Säcularisation der Verwaltung wird man in Rom nach dem Abzug der französischen Garnison sich nicht entziehen können.

[Mexicanisches.] Die heute hier eingetroffenen mexikanischen Blätter schreiben in dunklen Farben die allgemeine Lage der Provinzen. Die Übersicht von Matamoros, das, wie man nun bestimmt erachtet, nicht wieder zurückzuerobert ist, war besonders durch den Verlust eines auf 1½ Mill. Pfaster geschätzten Transports herbeigeführt worden. Die österreichischen Soldaten und mexikanischen Imperialisten hatten denselben mutig aber vergeblich verteidigt. Es wurden über gegen 500 Mann theils getötet, theils verwundet, und 800 gefangen genommen.

[Ansprache des Marshall Regnault de Saint Jean d'Angely. — Tagesbefehl.] Am verhinderlichen Sonntag hielt der Marshall Regnault de Saint Jean d'Angely die Ehren-Revue über die Truppen des Lagers von Châlons ab. Vorher überreichte er den Cuirassier- und Carabinier-Regimentern ihre Standarten, an die er mit lauter Stimme bei gezogenem Degen folgende Ansprache hielt:

Cuirassiere und Carabiniere der Garde! Ich überreiche euch, im Namen des Kaisers und auf seinen Befehl, die eurem Patriotismus und eurer Aufopferung anvertrauten Fabnen. Ihr werdet auf denselben die Namen Magreng, Austerlitz, Jena, Friedland, Wagram, Moskau, große Erinnerungen, lesen, welche, indem sie auch an den Ruhm eurer Väter erinnern, euch, die ihr die neue Generation seid, sagen werden, was Frankreich das Recht hat, von euch zu erwarten. Gebt eure ganze Achtung und eure ganze Liebe diesen Insignien. Versteht zu sterben, um sie zu vertheidigen. Mögen sie für euch auf ewig die Sinnbilder der Tapferkeit, der Mannschaft, der Aufopferung für den Sozialen und das Vaterland sein. Und seid gewiß, sie werden euch zum Siege führen, wenn ihr sie, den Kopf in der Höhe und die Spize voraus, dem Feinde unter dem gebliebenen Rufe: „Es lebe der Kaiser!“ entgegenstreden werdet.

Nach dem Gottesdienste fand die Revue statt. Gestern wurde den Truppen folgender Tagesbefehl vorgelesen:

Morgen werden die Truppen mit dem Abmarsch nach ihren Garnisonen beginnen. Ich will nicht, daß sie das Lager verlassen, ohne ihnen zu sagen, daß sie meinen Erwartungen vollständig entsprochen haben. Sie haben hier noch einmal bewiesen, daß der Kaiser auf ihrem trefflichen Geist und ihre Errungenheit zählen kann. Sie haben bewiesen, daß sie die Eigenschaften besitzen, an welchen man die wahren Elitetruppen erkennt: Energie, volle Instruction und strenge Mannschaft. Sie haben heute Morgen auf bewunderungswürdige Weise alle ihre Arbeiten in einer Ehren-Revue gekrönt, die weder in ihrem Ensemble, noch in ihren kleinsten Einzelheiten etwas zu wünschen läßt. Ich kann also auf gewissenhafe Weise dem Kaiser sagen, daß seine Garde im Lager von Châlons im Jahre 1866 sich ihrer selbst würdig gezeigt hat, indem sie ihren Antezedenzen getreu geblieben ist. Alle militärischen und administrativen Dienstzweige sind während der Dauer des Lagers mit einer vollkommenen Regelmäßigkeit vertheilt worden. Ich bin glücklich, dieses Resultat dem Kaiser und der Intelligenz aller derer zuzuschreiben zu können, welche sie dirigirt haben, sei es nun, daß sie der Linie oder den Gardetruppen angehören. Ich richte gern hier an sie meine vollständigsten Glückwünsche. Im Hauptquartier des Lagers von Châlons, am 19. August 1866. Der Marshall-Obercommandant des Lagers von Châlons und der kaiserlichen Garde Regnault de Saint Jean d'Angely.

Der Marshall verließ heute das Lager, um nach Paris zurückzukommen.

[Personalien.] Man glaubt hier zu wissen, daß Graf Bismarck den October wieder in Biarritz ausringen wird. — Granier de Tassagrac ist gestern zum Chef-Rédacteur des „Pays“ ernannt worden.

[Über die Katastrophe am Abend des 15. August] enthält der kleine „Moniteur“ eine Note, um den vielfachen Uebertreibungen und ungerichtigen Anschuldigungen entgegen zu treten, die sich in verschiedenen Blättern über dieses traurige Ereignis finden. Nach dem „Moniteur“ waren alle möglichen Vorsichtsmaßregeln von den Behörden getroffen worden und es ist, so lange man den Anordnungen der Polizei folgt, alles ohne Unfall abgelaufen. Im Ganzen sind neun Personen tot geblieben und dieser Tage starb noch ein Provinzbewohner, der, um seiner jungen Frau das Feuerwerk zu zeigen, bierher gekommen war. Die Zahl der Verwundeten ist amtlich auf 35 festgestellt; sie sind sämtlich außer Gefahr und zum großen Theil vollständig geheilt. Auf Befehl des Kaisers hat ein Kammerherr jeden von ihnen in seiner Wohnung besucht und den Gütesbedürftigen Unterthürkungen überreicht. (Wenn der kleine „Moniteur“ mit diesen Angaben gegen „Uebertreibung“ schuldig, er gibt die sofort Getöteten um eine Person zu gering an und

vergibt zu sagen, daß von den Verwundeten auch noch sieben gestorben sind. Macht Summa Summarum achtzehn Tode, und nicht zehn. Die Red.) [Vergleichendes.] Der Staatsrat hat den Recurs gegen das Urteil, welches der pariser Universitätsrat in dem Prozeß einiger Studenten erlassen hatte, die am Lützower Congrès Theil genommen, verworfen. Eine historische Studie Renan's über den heiligen Franz von Assisi läßt die früher nur dunkel durchscheinenden socialistischen Theorien Renan's deutlicher herorten; auch sind höchst geistvolle Bemerkungen über das Gediehen und die Entwicklung der Kunst eingeschlossen.

Großbritannien.

E. C. London, 21. August. [Über Deutschland und natürlich über Hannover] spricht sich die „Times“ heute wie folgt aus:

„Man wird uns keine Selbstsucht vorwerfen, wenn wir unsere Befriedigung aussprechen über den allgemeinen Verlauf der Ereignisse, welche uns in so großem Maße den politischen Angelegenheiten des Continents entzweit haben. Vor fünfzig Jahren hätte das Königreich Hannover schwerlich aus der Reihe der europäischen Staaten ausgetilgt werden können, ohne daß England ein Wort darüber mitzusprechen gehabt hätte. In der That bestanden bis noch vor Kurzem die bloßen Bande der persönlichen Union; so übermäßig waren die dynastischen Ansprüche über alle andere Beziehungen, daß Hannover vielmehr ein integrierendes Theil von England war, als von Deutschland. So unnatürlich war die Lage des Kurfürstenthums Hannover im ganzen vorigen Jahrhundert, daß irgend ein Eingriff in seine Angelegenheiten, selbst von Seiten des deutschen Kaisers, seines gesetzlichen Oberherrn, folglich einen Streit mit England verursacht haben würde. Heute ist das Neuerste, das von uns verlangt werden kann, für ein Königreich zu thun, welches einst fast eben so wie Schottland oder Irland zu uns gehörte, einfach eine Meinung auszusprechen über die Katastrophe, die seiner unabhängigen Existenz ein Ende macht und seine Geschichte wieder eng mit denen der großen Nation verknüpft, von der es, sowohl von Natur wie durch uraltreue Vererbungen, ein untreibbares Glied ist. Wir würden allein widersprechen, was wir von Anfang dieses österreichisch-preußischen Krieges an gesagt haben, wenn wir leugnen oder nicht unbedingt zugeben wollten, daß das Aufsehen Hannovers und aller Mittelstaaten in ihrem großen Vaterland dem allgemeinen Besten zu Gute kommt. Was die einzelnen Glieder des Reiches an Kraft besitzen, hatten sie durch die allgemeine Schwächung des Ganzen gewonnen. Die Kronen auf den Häuptern der meisten Könige waren durch niedrigen Verzerrung an der gemeinsamen Sache ihres Vaterlands erworben, und obgleich es schwer halten würde, den Rechtsstil Preußens auf die Erbschaft des Reiches zu erweisen, so ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß das Werk, mit dem es umgeht, ein Werk des Wiederaufbaues ist, und daß Deutschland dadurch nur zurückgewinnt, was ihm Hannover und Hessen, Bayern, Württemberg und Preußen selbst, der älteste und verwegennste Sünden in diesem Fach, vor langer Zeit genommen hatten. Hieraus folgt aber nicht, daß wir unter Herz gegen dieselben verbürgten müssen, an denen die Verirrungen oder Verbrechen vergangener Geschlechter beheimatet werden. Der Grundsatz „La politique n'a point d'entrailles“ hat keine bindende Kraft für den bloßen Zuschauer, und obgleich wir uns gedachten seien, das Erlöschen Hannovers rubig geschehen zu lassen, brauchen wir der hannoverschen Dynastie unsere Theilnahme nicht zu versagen.... Man wird natürlich leicht sagen können, daß König Georg den Sturz seines Thrones durch sein allzu entschiedenes und voreilige Auftreten gegen Preußen selbst herbeigeführt habe. Die wirkliche Thatache aber ist, daß jeder Krieg oder jede Revolution in Deutschland notwendig eine einheitliche Tendenz haben müsse; die Unabhängigkeit der Mittelstaaten war dem unwiderrücklichen Untergang geweiht.... Der König von Hannover und all seine königlichen Brüder sahen, welches Schicksal ihnen bevorstand, und als sie die Wahl hatten, sich entweder Preußen oder Österreich zu unterwerfen, so gern sie lehrte, vor, einfach weil sie dachten, daß die Verbindung seiner nichtdeutschen Interessen steis die Oberherrschaft, die es über Deutschland anstreben möchte, schwächen würde. Zum Unglück für die Souveräne — zum armen Glück, wie wir glauben, für das deutsche Volk — unterlag Österreich und mit ihm unterlagen die Mittelstaaten. König Georg aber und seine Nachkommen haben einen Trost, der vielen ihrer königlichen Leibgenossen in anderen deutschen Staaten fehlt, denn ihre Rechte als Prinzen von Gebüst und als Mitglieder der englischen Parthei sichern ihnen eine Stellung in England, in der sie geringe Ursache haben, das continentale Königthum um seinen Glanz zu beneiden.... Den Wölfen von Hannover wird auf diesen Inseln ein ganz anderes Los beschieden sein, als vielen anderen Monarchen, die sich vom Geschäft zurückgezogen haben; — obgleich auch diese ihr Schicksal nicht ganz unerträglich finden.“

[Der Dampfer „Bruiser“.] Nach dem, was bis jetzt über den Untergang des Dampfers „Bruiser“ bekannt geworden ist, erhebt das Unglück unerträglich. Es war eine ruhige Nacht, die See ganz glatt und das Wetter so klar, daß man stundenweit sehen konnte. Die Wachtabenden auf dem „Bruiser“ bemerkten Morgens nach 2 Uhr ein Schiff (den von London kommenden „Haswell“, nicht „Oswald“, wie in den ersten Telegrammen stand), glaubten aber, da sie nur ein weißes Licht auf dem Mast sahen, daß das dafürliebste Anter lage. Man blieb auf dem „Bruiser“ in diesem Irrthum bis wenige Minuten vor dem Zusammenstoß und änderte daher den Kurs nicht. Als man den Irrthum bemerkte, war es zu spät, und die beiden Schiffe fuhren mit voller Dampfkracht gegen einander. Der Stoß war so gewaltig, daß der „Bruiser“ in wenigen Minuten sank. Obgleich von der Mannschaft des „Haswell“ Alles aufgeboten wurde, die Unglückslichen, die auf dem sinkenden Schiffe sich befanden, zu retten, werden noch über 20 Personen vermisst.

Niederlande.

Haag, 20

Ein für den Handelsverkehr mit dem Großherzogthum Polen und dem Königreiche Polen wichtiges Unternehmen ist so eben, wie uns berichtet wird, ins Leben getreten. Nachdem sich im Februar d. J. eine sogenannte stille Gesellschaft unter der Firma: Potulicki u. Szczaniecki (Inhaber die Rittergutsbesitzer Graf A. Potulicki und A. v. Szczaniecki) zu Polen beabs. Herstellung einer Dampfschiffahrt auf der Warthe constituit hatte, bestellte sie in der Officin des Vulcan zu Stettin ein, nach einem ganz neuen Systeme, für seichte Wasser, gebautes Dampfschiff. Dasselbe „Warta“ genannt, hat vor einigen Tagen seine Probefahrt von Stettin abwärts die Oder bei schlechten Wetter glänzend bestanden, und ist sodann mit einer Ladung von 1000 Ctnr. im Schlepptau (Cement und Kohlen) aufwärts die Oder resp. Warthe nach Polen abgegangen. Die „Warta“ wird uns als ein sehr comfortable eingetreteter Dampfer geschildert, der im Stande ist, 150 Passagiere an Bord zu nehmen, und drei Kähne mit je 1000 Ctnr. Ladung, bei einem Tiefgang von nur 15 Zoll, zu schleppen. Die Gesellschaft soll dem Vulcan bereits weitere Bestellungen aufgetragen haben, und hat zu ihrem General-Agenten für Speziation den Kaufmann A. Kryzanowski zu Polen bestellt.

Es ist die Gründung einer Bank angekündigt, welche in den Städten Arlon, Longwy, Luxemburg und Trier ihre Thätigkeit beginnen und zwischen den belgischen, französischen und deutschen Thronländern die Fluctuationen in diesen drei Ländern ausnutzen will. Die Bank hält sich der „Dr. Atg.“ zu folge auf ein Actien-Capital von 2 Mill. Frs. Der leitende Chef wird Herr Fr. Berger, Verwalter der Nationalbank zu Arlon und einer der Chefs der dortigen Firma Gebr. Berger u. Co. sein.

Hopfenrente in Norddeutschland. Aus Hannover wird vom 17. Aug. gescrieben: Bei fernerer günstiger Witterung dürfte das Erntergebnis durchschnittlich auf $\frac{1}{2}$ Ertrag bezeichnet werden können, die Ernte selbst bei jüngerer Temperatur später als in anderen Jahren und vor Ende September nicht stattfinden.

Vorträge und Vereine.

Breslau, 24. August. [Handwerker-Verein.] In der gestrigen Sitzung wurde, da auch Dr. Studioius von der Elbe, der für diesen Abend die Vertretung Herrn Simon's übernommen hatte, abgehalten war, durch Herrn Fräulein ein Auftrag „über Handwerker-Vereine in Preußen“ vorgelesen, dem wir hier nur folgende Notizen entnehmen, wie sie der Berliner „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ durch seine Erforschungen erfuhr und zusammengestellt hat. Es bestehen in Preußen nebst einer Anzahl Gewerbevereine solcher zur Förderung gewerblicher und allgemeiner Bildung geschlossener Assoziationen 124 unter dem Namen: „Handwerker-Vereine“, 12 Arbeiterbildungsvereine, 14 Arbeitervereine, ein Zweig des „Allgemeinen Arbeiter-Vereins“ und einer des „deutschen Handwerkerbundes“. Die meisten dieser Vereine kommen auf die Mark Brandenburg und Provinz Sachsen, obwohl Rheinland und Westfalen reich an Arbeitnehmern sind. Die Leitung der Vereine liegt meist in den Händen vermögender Personen: Beamten, Lehrer, Aerzte, Schriftsteller, größere Handel- oder Gewerbetreibende. Die Gesamtzahl aller Mitglieder wird auf etwas mehr als 20,000 geschätzt. Diese Zahl erscheint leider nur allzu gering, wenn man die Menge der vorhandenen Handwerker und städtischen Tagelöhner — Meister, Gehilfen, Fabrikarbeiter und contraclosen Arbeiter, welche zur Bildung solcher Vereine einander nahe genug wohnen, auf 1 Million veranschlagt; die Zahl wird allerdings durch den zeitweisen Zutritt und Abgang der Mitglieder vielleicht um das Doppelte erhöht, doch sind auch wieder diejenigen abzurechnen, welche anderen Ständen angehören; u. a. beteiligt sich der Handelsstand auf sehr rühmenswerthe Weise geistig und materiell an jenen Vereinen. — Ueber eine sehr beträchtliche Zahl Mitglieder verfügen der große Berliner Handwerker-Verein ca. 2400, der Königsberger Handwerker-Verein 1700, der Berliner Arbeiter-Verein 1100, der Arb.-Bildungs-Verein in Magdeburg 1000, der dortige Handw.-Meister-Verein gegen 800, der biege Handwerker-Verein 650, der stettiner Arbeiter-Verein 524. Der Artikel weist dann auf den Vortheil hin, den die in allen Handwerker-Vereinen bestehende Mischung der verschiedensten Berufs- und Gesellschaftsklassen diesen Vereinen bringe. Nach den Listen gehört im Durchschnitt genau $\frac{1}{2}$ weder den selbstständigen Gewerbetreibenden, noch der Kategorie der Arbeitnehmer an; 49% gehören den für eigene Rechnung arbeitenden Personen, 51% den Arbeitnehmern an. Nach Erledigung einiger Fragen wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Litterarisches.

J. H. [Studien zur Kulturgeschichte Polens von C. Adler.] Erster Band. Berlin 1866. Mittler u. Sohn. Es ist immer noch eine große Controverse, ob die wiederholten Bestrebungen der Polen, das ihnen durch die Macht der Verhältnisse verloren gegangene eigene Staatswesen wiederherzustellen, Aussicht auf Erfolg haben, oder ob sie die ohnmächtigen Zugungen eines dahinterstehenden Organismus sind. Ein starker Flügel der europäischen Demokratie, gebündet von dem Heroismus, den das polnische Volk allezeit entfaltete, von seinem Opfermuthe und seiner unerschütterlichen Liebe zur Freiheit, vertritt jene erste Ansicht — während fühlere Politiker die polnische Sache als eine verlorene ansiehen und den Kampf, für die Wiederherstellung Polens für einen im Interesse des gefunden Fortschritts beflagtswertigen Irrthum ansehen. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, auf welcher Seite die besten Gründe liegen, ich constative nur, daß Verfasser des vorliegenden Werkes die geschichtliche Entwicklung der polnischen Nation als eine vollendete und in sich abgeschlossene auffaßt. Der bis jetzt erreichene erste Band des Werkes, der bis zum Ende der Regierung Kazimir des Großen reicht, läßt diesen Standpunkt des Verfassers in keiner Weise als einen polenfeindlichen erheben; im Gegentheil charakterisiert sich das Werk als dassjenige, was sein Titel ausspricht, als eine ernste Studie, als ein Versuch, die Kulturgeschichte Polens, die bis jetzt nur in sehr vereinzelten Bürgen bearbeitet worden ist, nach den vorhandenen Quellen kritisch zu erörtern. Den Schwierigkeiten der Bearbeitung, die sich der Verfasser selbst am wenigsten verbergen konnte und die er im Vorwort auch betont, liegen zu Tage — die Form seiner Arbeit trägt nicht den Stempel der Vollendung — sie gibt kein abgerundetes Bild der polnischen Entwicklung und grenzt deren einzelne Perioden zu wenig von einander ab. Dagegen finden wir ein reiches historisches Material in dem Buche verarbeitet und sehr scharfsinnige Bemerkungen über einzelne Partien der polnischen Geschichte, die in den bisherigen Bearbeitungen immer ziemlich dunkel geblieben sind. Adler wirft der polnischen Geschichtsschreibung, namentlich Lelewel, wie uns scheint mit Recht vor, daß sie den Polen überall eine höhere Bildung zu vindicieren sucht, als sie jemals besessen. Seine Darstellung einzelner wichtiger Perioden, Einführung des Christenthums, Kampf der Hierarchie mit dem Königthum u. s. w., weicht manchmal von den Schilderungen jenes klassischen Historikers ab. Schon eingehend ist derjenige Theil der polnischen Entwicklung behandelt, der in die sogenannte vorhistorische Zeit fällt, über den sich indeß nur mehr oder weniger scharfsinnige Vermuthungen aufstellen lassen, da selbst die Sagen der Polen, die bei anderen Völkern einigermaßen als Ersatz für historische Quellen gelten, hier nicht als heimathlich, auf polnischem Boden gewachsene Sagen erscheinen, sondern fremden Völkern abgelaufen und nachgebildet sind. Adler schließt aus diesem Mangel einer eigenen Sagenbildung, daß die Polen kein ursprüngliches Volk, sondern eine aus verschiedenen, meist germanischen Völkerschaften zusammengesetzte Nation sind. Diesen germanischen oder doch keltischen Ursprung zeigt vorzugsweise der polnische Bauer. Der Adel ist eine Race ganz anderer Art — er repräsentiert die viel spätere Einwanderung der Slaven, die sich mit der Zeit und nach harten Kämpfen, mit den keltischen Ur-einwohnern zwar vermischt, immer aber physisch und geistig ein abweichendes Stammengravur bewahrt hat. Die beiden großen Bauerkriege, die übrigens beide resultatlos verliehen, haben ihren Ursprung, wie Adler treffend aneutet, wesentlich in der tief verdeckten, durch den Slavismus bedrohten Nationalität des keltischen Stammes. Die Jahreszahl der Einwanderung der Slaven setzt Adler noch vor 550. Er verfolgt von da ab aufmerksam die Bildung der Stände und die Entwicklung der polnischen Gebräuche und Sitten. Was er über die Einführung des Christenthums in Polen, die Ausbildung der rechtgläubigen Kirche und deren Einfluss auf die staatlichen und sozialen Verhältnisse sagt, hat hohes Interesse, namentlich in Bezug auf die später entstehenden Bestrebungen der Reformation. — Die Einwanderung der Deutschen in Polen seit dem 13. Jahrhundert ist von anderer Seite schon sehr eingehend dargestellt worden; Adler behandelt diesen Theil nur kurz und bringt nichts Neues darin. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen und städtischen Gewerbe und das Auftreten eines gewissen Verkehrs, besonders unter Kazimir dem Großen, sind mit Fleiß geschildert. Die Gründe, welche der Bildung eines freien und geachteten Handwerkerstandes auf den vorhandenen Grundlagen feindlich entgegengewirkt, glaubt Adler vorzugsweise in der Geistesrichtung des Adels zu suchen, in dem Misstrauen der herrschenden Klassen, welches eine beständige Kriegsbereitschaft notwendig mache, die die Ausbildung gewerblicher Thätigkeit wesentlich hinderte. Je weiter im Laufe der Zeit die Klasse, je unverschämter der Zwischenraum zwischen den Herrschern und Unterdürdten wird, desto schöffer erhoben sich jene im stolzen Selbstbewußtsein und blieben auf die von den Höheren betriebene Arbeit mit um so tieferer Verachtung herab, die sie eines freien und Kriegers kaum für würdig hielten. Alle Reform-Versuche, von einstlichtigen und wohlwollenden Fürsten

unternommen, hatten nur kurzen Erfolg und konnten ihn für die Dauer nicht haben, weil die herrschende Klasse dergleichen Reformen von vornherein feindselig gegenübertrat.

Nicht ohne Interesse ist schließlich die Parallele, die Adler zwischen den Polen und Iren aufstellt. Das keltische Element ist in beiden das vorwiegende.

„Wir finden bei beiden Völkern dieselbe rätselhafte Beweglichkeit der Phantasie und des Temperaments, dieselbe Vaterlandsliebe, denselben Eifer, die poetischen Züge der Überlieferung festzuhalten, der in Irland manche köstliche Perle vor dem Untergange bewahrt hat. Im gemeinsamen Schiffbruch der geselligen Zustände ist, hier wie dort, jeder bemüht, das Vaterland, von dem ein Staat nach dem andern abbrölt, wenigstens im Abbild zu erhalten. Annuth, Bereitschaft, Schönheit, ist bei beiden Völkerstümern gemeinsam; der irische unterliegt, ohne sich zu ergeben, und bewahrt seine Erinnerungen aus Mangel an Hoffnungen, ebenso der polnische. Das Schiff wollte, daß beide mit stärkeren Stämmen zusammentrafen, die ihnen an soliden Eigenenschaften überlegen waren, die minder schnell zum Kampfe schritten, aber desto zäher den Sieg festhielten.“ — „Beide wurden erobert. Bei beiden, die nur das Unglück kennen, lernten, ist die unbesiegbare Unabhängigkeit an die Vergangenheit gleich rührend. Angeichts der Völker, die ihren Ruhm und ihre Freiheit vergessen, fühlt man sich beim Anblick beider Völker bewegt, weil sie von bitteren Erinnerungen zehren. Wie Irland in Clans, war Polen in Gaufürstentümern getheilt, die einander feindlich entgegenstanden; die irischen wie die polnischen Könige waren Häuptlinge, denen es gelungen war, ihre Überlegenheit zur Anerkennung zu bringen. Der freie Bauernstand schwand bei beiden, er wurde hörig; der Ritter machte die Nation aus, die Königsstärke unterlag bei beiden gutloser Adelswirthschaft. Beide fehlte die Fähigkeit, unter Gesetzen zu leben, den Einzelwillen der Gesamtheit unterzuordnen, in einträchtigem Bürgerstaat eine feste Ordnung, ein starkes Regiment zu gründen und mit beharrlichem Sinn einem höheren Ziele zuzustreben. Bei beiden mußte der Schwäche des Schutz eines Magnaten sich erwerben, in seine Clienten treten, woraus ein unerträglicher Mißbrauch entstand. Beide Nationen sind eitel und prahlreich und lieben den Schmuck. Wie dort Normänner, lieben hier sich Deutsche nieder. In beiden Völkern ist eine merkwürdige Stärke und eine merkwürdige Schwäche, herbvorgegangen aus Gefühl und Bildungskraft, gestärkt durch Leid, gesteigert durch das Andenken an ihre Unterdrückung.“ — „Irland ist, wie Polen, zu schwach, um unabhängig zu sein, zu stark, um sich assimilieren zu lassen, zu getheilt, um ein Ganges zu bilden. Was den Haß beider Völker zugleich unbesiegbar und ohnmächtig macht, ist, daß Irland wie Polen mehr in Beschlag genommen als eigentlich erobert worden ist. Beide Völker haben kein Geschick für das politische Leben; ihre Tapferkeit ist anerkannt, aber ihre Beweglichkeit ohne Ausdauer, ihre Zwickmacht, ihr Widerstreben gegen Fucht und Ordnung lassen keine dauernden Schöpfungen aufkommen; das Familien-Gefühl hat bei ihnen allezeit jeden Beruf einer ausgedehnten politischen Organisation erstickt, deshalb haben sie keinen eigentlichen Staat gegründet und keine eigene Cultur geschaffen.“

Adler verfolgt die Parallelen bis auf die Ähnlichkeiten der Volkstracht. Derjelche Mangel an stütlicher Kraft — schließt er — unter ungünstigen Verhältnissen in der Weltordnung sich direktaufzuden und zur freien Menschenwürde sich emporzuwinden, zeigt sich bei beiden Völkern. Heldentumhütt und politische Märsche, rührige Liebe zum Vaterland und seiner Verfassung, störige Widersehlichkeit gegen das ewige Schaffen des Zeiteastes und der Parteien verbrecherisches Anförmigen an die Fürsten des Auslandes, Greuel der Oligarchie und Anarchie, hin und wieder erholt durch einzelne leuchtende Erinnerungen und beredet durch eine nicht unwürdige Volksgeistlichkeit, Schwäche der Gebiete und Trost der Vasallen, bieten sich die Hand in der Geschichte beider Völker, und beiden haben sie das gemeinsame Schicksal bereitet, obgleich in verschiedener Weise aus der Weltgeschichte verschwindend, in mächtigen Nachbar-Monarchien unterzugehen.“

Miscellen.

Stockholm, 18. Aug. [Die schwedische Handelsflotte] besteht der Post och For. Tid. zufolge augenfällig aus 1323 Voll-Schiffen, Briggen, Schooner und Galeassen, welche zusammen eine Trächtigkeit von 118,282 Ctnr. haben. 43 größere Schiffe sind noch im Bau und teilweise schon vom Stapel gelassen. Schwedens Dampfschiff-Flottille besteht aus 214 größeren Dampfschiffen mit 9514 Pferdekraft und einer Menge Dampfschiffe, welche Schweden in einem Kriege von großem Nutzen sein können. Die Anzahl der Dampfschiffe und Boote wächst von Jahr zu Jahr.

Die heimlichen Eheschließungen auf der schottischen Grenze spielten bekanntlich früher eine große Rolle in englischen Novellen und auch in der Wirklichkeit, bis ein Gesetz vom Jahre 1856 den Unfug bechränkte und ein weiteres von 1858 ihm den Todesschlag gab, weil es bestimmte, daß hinsicht alle in Schottland vollzogenen Heirathen unregelmäßig und ungültig sein sollten, wenn nicht eine der Parteien ihren festen Wohnort in Schottland habe oder wenigstens 21 Tage vor der Verheirathung in Schottland wohnhaft gewesen sei. Weil die Heirathen-Candidaten in den meisten Fällen gerade die größte Eile hatten, um nicht eingeholt und verhindert zu werden, bereitete die neue Bestimmung den ganzen Zweck der Reise nach Gretna, wo der für diese Zwecke lästige Ort von alter Berühmtheit war. Der neueste Jahresbericht des Registrar-General gibt über die Heirathen interessante Daten. Der Haupt- und Erzbischof der schottischen Heirathsmacher war John Linton, welcher 1825 zu Gretna-Hall einen vollständigen Gasthof für flüchtige Liebende errichtet, welche seine Hilfe suchten. Hier segnete er in einem imposanten Kostüm und mit einer gewissen Feierlichkeit die Ehen ein, deren Zahl nach seinem Register von 1825 bis 1851 nicht weniger als 1100 betrug. Über er stand, da das Geschäft so gut ging, einen Konkurrenten; der Chausseegeld-Empfänger Murray auf der englischen Seite des Grenzgebietes wußte den flüchtigen Pärchen begreiflich zu machen, daß sie die zwei Meilen bis Gretna sparen und schon bei ihm bedient werden könnten. Sein Etablissement stellte Gretna bald ganz in den Schatten. Von 1843 an registrierte Murray bis 1856 jährlich etwa 700 oder mehr Heirathen, unter anderen 42 auf einen Tag. Aber das neue Gesetz ruinierte sein Geschäft gänzlich und er starb aus Kummer darüber 1861. Das Jahr 1856 hatte noch 757 Heirathen gebracht, 1857 aber ging auf 30 herunter, 1858 stieg noch nochmals auf 41, dann aber war es ganz vorbei. Der Untergang des Geschäftes war eine böse Sache für Murray, denn er hatte ebenfalls ein hospitable Etablissement für die zu Vermählenden errichtet. Uebrigens befrüchte sich das Geschäft nicht auf die beiden Hauptorte, sondern wurde im Oberhohen oder Kleinen überall auf der Grenze betrieben. Man sucht jetzt die Registerbücher dieser Heirathsmacher auf, denn vor Erlassung des neuen Gesetzes waren diese schottischen Heirathen ganz legal und in allen ihren Erfolgen verbindlich, so daß die Register in vielen Fällen höchst wichtige Dokumente bilden, die bei den Erben jener Heirathsmacher in kurzem verloren gehen müssen.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 24. August. In der heutigen Sitzung der Commission zur Berathung des Reichswahlgesetzes erklärten die Regierungskommissare Heppke und Graf Eulenburg: Das Parlament ist berechtigt, sich selbst zu konstituiren, die Wahlen zu prüfen &c. &c. Der § 5 mit dem Amendement von Zweiften, betreffend die Nedestfreiheit, eben so § 6 mit dem Amendement von Lette, betreffend die Eintheilung in kleinere Wahlbezirke, sowie § 7 wurden unverändert angenommen. Künftigen Montag findet die nächste Sitzung statt. Die Commission zur Berathung der Annexionsvorlage hält morgen Sitzung.

(Wolffs L. B.)

Berlin, 24. August. Die „Nordd. Allg. Atg.“ sagt: Es ist wenig angemessen, den Souverän Italiens, welcher der Bundesgenossen Preußens ist, mit so harten Worten der Missachtung preiszugeben, wie es die „Kreuzzeitung“ thut. Die gesamte conservative Partei hat der Gewalt der Thatsachen Rechnung zu tragen, wie es die Fortschrittspartei gethan hat, und muß ihre früheren Antipathien und Sympathien fallen lassen. — Die „Nordd. Allg. Atg.“ erinnert schließlich daran, daß Italien eine mächtige Stütze unserer militärischen und diplomatischen Erfolge gewesen ist. (Wolffs L. B.)

Berlin, 24. Aug. Die „Nordd. Allg. Atg.“ sagt: Der Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 und die damit zusammenhängenden Vereinbarungen werden gegenüber den Regierungen, welche sich mit Preussen im Kriege befanden, mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist fortbestehen. Die Annahme, Preussen bringe nur Süddeutschland gegenüber diese beschränkte Fortdauer des Zollvereins wegen Constitution des norddeutschen Bundes zur Geltung, ist unbegründet; auch Sachsen steht im Zollverein auf Kündigung. Sein Verbleiben darin ist nur gesichert, wenn Sachsen sich zu den billigen und nothwendigen

Forderungen Preußens nicht abwesend verhält. Mit Darmstadt ist der Friede noch nicht unterzeichnet. (Wolffs L. B.)

Mainz, 24. August. Der Belagerungszustand ist gestern aufgehoben worden. (Wolffs L. B.)

Frankfurt, 24. August. Der gesetzgebende Körper genehmigte gestern die Anleihe von 1,200,000 Gulden für außerordentliche Ausgaben. (Wolffs L. B.)

Dresden, 24. Aug. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht einen königlichen Erlass, welcher die anwesenden Minister auffordert, auf ein ehrliches und freundliches Zusammensehen mit Preußen Bedacht zu nehmen. (Wolffs L. B.)

Triest, 22. Aug. Mit der Überlandpost eingetroffene Nachrichten aus Kalkutta vom 22. Juli melden, daß der Emir Assaf Khan in Kabul mit dem dort angelkommenen russischen Gesandten ein Übereinkommen abgeschlossen haben soll. Der dortige englische Agent soll fortgeschickt worden und bereits in Peshawar angekommen sein. Die Truppen des Maharadshah von Kaschmir sind von den Grenzstämmen geschlagen worden.

Aus Hongkong wird vom 12. Juli berichtet, daß die Mandchuren und die Mongolengrenze von zahlreichen Räuberbanden heimgesucht werden. In der Gegend von Nanking nehmen die Nienfei-Rebellen überhand.

Durch Vertrag vom 25. Juni zwischen den Bevollmächtigten Japans, Englands, Frankreichs, Nordamerikas und Hollands ist die Errichtung von Entrepôts in Japan zugestanden und den Einheimischen volle Handelsfreiheit mit den Ausländern gewährt worden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. August, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war unlebend. Die Rente begann zu 69, 05 und hob sich schließlich bis 69, 10. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89, 00 gemeldet. Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 10. Italien. 3proc. Rent 53, 40. 3proc. Spanier —. 3proc. Spanier —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktion 351, 25. Credit-Mob.-Aktion 643, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktion 399, —. Österreich. Anleihe von 1865 pr. ept. 305, —.

Paris, 23. August, Nachmittags. [Bankausweis.] Vermehrt: Baarvorrate um 13%, Guthaben des Schatzes um 9½ Mill. Francs. Vermindert: Portefeuille um 17½, Notenumlauf um 3, laufende Rechnungen der Privaten um 15½ Mill. Francs. Die Portefeuille auf Wertpapiere sind unverändert geblieben.

London, 23. August, Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 88½. 1proc. Spanier 32, Sardinier —. Italien. 3proc. Rente 52%. Lombard. Eisenbahn 15%. Mexikaner 16%. 3proc. Russen 87½. Silber 60%. Österreich. Aktion 1865 25%. 3proc. Verein. Staats-Aktien 184, 20. Credit-Mob.-Aktion 180, 50. Westbahn —. Österreich. Anleihe von 1865 pr. ept. 305, —. Schöne Wetter.

Der bremer Dampfer „Hansa“ und der hamburgsche Dampfer „Hammonia“ sind aus Newyork in Southampton und der Dampfer „City of Boston“ ebenso in Liverpool angelommen.

Wien, 23. Aug. [Abend-Börse.] Credit-Aktion 146, 40. Nordbahn 162, 50. 1860er Loos 76, 40. 1864er Loos 68, 40. Österreich. Staatsbahn 184, 40. Galizier 204, 50. Westbahn —. Österreich. Czernowitz 173. Matt stille.

Frankfurt a

Bekanntmachung. [1655]
Für die Dauer der gegenwärtigen Cholera-Epidemie haben der praktische Arzt Herr Dr. med. Peifer, wohnhaft Altbreitstraße im Gasthause „zum deutschen Hause“, die Funktion eines Cholera-Arztes im 5. und der praktische Arzt Herr Dr. med. Ujrowsky, wohnhaft heilige Geiststraße Nr. 20, im Hochparterre im 6. hiesigen Polizei-Bezirk, übernommen.
Breslau, den 24. August 1866.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

[1651] **Bekanntmachung.**
An der mit einer Lehrerinnen-Bildungs-Anstalt verbundenen städtischen höheren Läuter-Schule zu Görlitz soll zum 1. October d. J. eine Lehrerin mit 400 Thlr. Gehalt ange stellt werden, welche vor einer preußischen Be hörde das Lehren-Cramen auch für die neu en Sprachen bestanden, durch einen längeren Aufenthalt in Frankreich vollständige Gewandtheit in der französischen Konversation erlangt hat und über ihre bisherige Thätigkeit im Unterrichten gute Zeugnisse vorlegen kann.
Bewerbungen sind unter Nachweis der Qua lification bis zum 12. Sept. 1866 bei uns einzureichen.

Görlitz, den 21. August 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die hiesige Stadt Secretair-Stelle soll mit dem 1. October d. J. anderweitig belegt werden. Im Bürodiensste bereits routinierte Civilverfolgungsberechtigte haben unter Einreichung ihrer Urteile sich schriftlich bei uns zu melden. Das Einkommen der Stelle beträgt 250 Thlr.

Münsterberg, den 22. August 1866.

Der Magistrat.

Öffener Posten.

Der hiesige Gemeinde-Einnehmer-Posten soll zum 1. October d. J. anderweitig belegt werden. Meldungen nimmt der unterzeichnete Magistrat entgegen. Der mit dieser Stelle verbundene Gehalt beträgt 144 Thlr., circa 60 Thlr. Lant tienie von königlichen Steuern und 20 Thlr. auf Behebung des Kämmerer-Lotsals und auf Büreauabdrücke. Die zu gestellende Amts Caution beträgt 250 Thlr. [1630]

Löwen, den 20. August 1866.

Der Magistrat.

Pferde- u. Wagen-Auction.
Dienstag, den 28. August, Vormittags von 11 Uhr ab, werde ich am Zwingerplatz zwei große braune Wagenpferde, eine Vollblutlinie (Rappen), 7 Jahr alt, eine braune Stute, 6 Jahr alt, ein Doppelpony, arabischer Rasse, einen eleganten halbgedeckten Wagen, (ein- und zweispännig), ein Gig und einen Brettwagen, Pferde-Geschiebe, Decken und diverse Stall-Utensilien, [2024] meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern. Guido Saul, Auct.-Commiss.

Unseren geehrten Geschäftsfreunden zur gefälligen Nachricht, daß nachdem der Grenzfehr freigegeben ist, Bestellungen aufs Prompteste wieder effectuirt werden. [1882]

Heindorfer Dampf-Brettsäge bei Bielitz, Oesterl. Sch.

Desinfections-Essig,
zur Verbesserung der Luft in Krankenzimmern, Gläser à 5 Sgr. und à 10 Sgr. [1679] in allen hiesigen Apotheken.

Für Kaufleute!

Ein im Verkehrsmittelpunkte einer Industrie-Stadt Oberösterreich gelegenes vollständig eingerichtetes Spezerei- und Eisen-Kurzwaren-Geschäft, seit vielen Jahren mit Erfolg betrieben, ist bald oder zum 1. October d. J. und unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Das Geschäftslokal könnte für eine Reihe von Jahren gepachtet, oder auch mit dem Hause vortheilhaft gekauft werden.

Noelle Anträge bittet man bei der Expedition der Breslauer Zeitung unter der Chiffre A. N. Z. niederzulegen.

Unterhändler werden verboten. [1689]

Ein Mühlen-Etablissement in einem der größten und lebhaftesten Bergsdörfer Schlesiens, eine Stunde vom Bahnhof und der Kreisstadt entfernt, mit 20 Schfln. der besten Acker und Wiesen, eingerichteter Bäckerei und einer im trockensten Sommer ausreichenden bedeutenden Wasserkrise, soll eingetretener Familienverhältnisse wegen mit vollständigem lebenden und toden Inventarium, sowie der Ernte, aus freier Hand verkauft werden. — Dasselbe eignet sich in Folge seiner vortheilhaftesten Lage, Räumlichkeiten und der guten Wasserkrise zu jedem industriellen Unternehmern und erfahren hierauf reflektirende, reele Selbstkäufer das Nähere auf frankte Anfragen unter Adresse C. A. G. poste restante Hirschberg in Schlesien. [1676]

Eine längstige amerikanische Mühle mit Dampf- und Wasserkraft in Oberösterreich, an der Eisenbahn, ist nebst 50 Morgen Ader für den Preis von 20,000 Thlr., bei 3000 Thlr. Anzahlung zu kaufen oder für 1200 Thlr. jährlich zu pachten. Adressen unter R. R. 8 an die Expedition der Breslauer Zeitung.

Frische Spedbüdlinige empfiehlt nebst seinen Heringen, Sardellen und marinirten Fischwaren. [1694]

G. Donner, Stodgasse 29, in Breslau.

Bon Superphosphat und 60° Schwefelsäure, aus der Fabrik von Kunheim & Co. in Berlin, halten Lager und offeriren unter Garantie des Gehalts zu Fabrikpreisen: [1368]

Mann & Co., Junkernstraße 4.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Vorrätig in allen Buchhandlungen;

Elegante Miniatur-Ausgaben.

Blüthenkranz

neuester deutscher Dichtung

Herausg. von Rudolph Gottschall.

5. Aufl. Höchst eleg. geb. Preis 2 Thlr.

Hugo v. Blomberg. Bilder und Romanzen.

Eleg. br. 1 1/4 Thlr. Eleg. brosch. 1 1/4 Thlr.

Rudolph Gottschall. Carlo Deno. Eine

Dichtung. 2. Aufl. Eleg. geb. 2 1/2 Thlr.

Rudolph Gottschall. Maja. Ein Lotos

blumentrunk. Eleg. geb. 27 Sgr.

Karl von Holtei. Schlesisch Gedicht. 8.

verbesserte und sehr vermehrte Auslage.

Eleg. geb. 1 1/4 Thlr.

Karl von Holtei. 600 Sprüche aus Jean

Paul's Werken. In Reime gebracht.

Eleg. cart. 27 Sgr.

Robert Urban. Der Haussgeist. Eleg. br. 15 Sgr.

[4694]

Blüthenkranz

morgenländischer Dichtung.

Herausgegeben von Heinrich Zolowetz.

Höchst eleg. geb. Preis 2 Thlr.

Karl von Holtei. Stimmen des Waldes.

2. verm. Aufl. Eleg. brosch. 1 1/4 Thlr.

Eleg. gebd. m. Goldth. 1 1/2 Thlr.

Emil Mittershaus. Gedichte. 2. stark

verm. Aufl. Höchst eleg. in Mosaikband

geb. 2 Thlr.

Moris Graf Strachwitz. Gedichte. 5te

Gesamt-Ausgabe. Sehr eleg. gebd.

2 1/2 Thlr.

Nahm. 8. 3 1/2 Bogen. Eleg. brosch.

Preis 5 Sgr. [887]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In allen Buchhandlungen zu haben:

Schäffer, J. S., Kreisgerichts-Secretär, Handbuch des gerichtlichen

preußischen Stempelwesens. Eine systematische Darstellung der nach dem

Erscheinen der Gerichtsstoffgesetze vom 10. Mai 1851 und 9. Mai 1854 bei

den Königlich Preußischen Gerichten mit Ausschluß des Bezirkes des Appel

lationsgerichtshofes zu Köln noch zur Anwendung kommenden Vorschriften des

Stempelsteuergesetzes vom 7. März 1822 mit dem in Bezug auf dasselbe

bis in die neuere Zeit ergangenen gesetzlichen, ministeriellen, obergerichtlichen und

anderweitigen Bestimmungen und Entscheidungen des Obertribunals. Nebst Ta

bellen über die Berechnung der Stempelsätze. Zum praktischen Ge

brauch für Gerichte, Rechtsanwalte und Notare, insbesondere für die mit

dem Liquidiren und Revidiren der Kosten, sowie mit der Berechnung des Erb

schaftsstamps beschäftigten Gerichts-Beamten. gr. 8. 13 Bogen. Broschir. [224]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In allen Buchhandlungen zu haben:

Peikert's Hotel, Prinz von Preussen, Beuthen O/S,

wird hiermit aufs Angelegenste empfohlen.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Vorrätig in allen Buchhandlungen:

Der Preußische Gast-, Schank-

und Speise-Wirth. Gesetze und

Erläuterungen über den Betrieb der

Gast-, Schank- und Speise-Wirtschaft,

sowie des Getränke-Kleinhandels. Ein

praktisches Handbuch für Verwaltungs-,

Communal- und Polizei-Bevölkeren,

Polizei-Amtshäuser und Gutsvermögen,

namentlich aber für Gastwirtschaften, Schank-

wirthe, Speisewirthe, Getränke-Klein-

händler u. und Dienstleister, welche es

werden wollen. Von C. G. Herr-

mann. 8. 3 1/2 Bogen. Eleg. brosch.

Preis 5 Sgr. [887]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In allen Buchhandlungen zu haben:

Peru-Guano

empfehlen als zuverlässig echt vom Depot

der Peruamischen Regierung und über-

nehmen die Versendung nach allen Rich-

tungen. [1641]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in Waldenburg. [1228]

Gebreshen sind zu vergeben durch den
Handelsmann Gottfr. Jonas in